



KEIN BLUT FÜR ÖL!

Afghanistan unter Feuer
Terrorismus und Imperialismus
US-Imperialismus
Kasachstans Öl und der Krieg
Doppelmoral des Kapitals
Aufruf zu einem Anti-Kriegs Komitee

Sowie:
Trotzkis Übergangsprogramm
Keynes und Friedman

Stoppt Bushs
Angriffskrieg!





Klassenkampf

Zeitschrift für
Internationalen
Sozialismus und
Arbeiterdemokratie

INHALT

TITELTHEMA:

DER KRIEG UMS ÖL

- 2 Editorial
- 4 Blut und Öl: Die Doppelmoral des Kapitals
- 5 Aufruf zum Anti-Kriegs Komitee
- 6 Der individuelle Terrorismus,
Stichwortgeber des Imperialismus
- 8 Afghanistan unter Feuer
- 10 Geschichte des US-Imperialismus
- 24 Flugblatt: Kasachstans Öl und der Krieg

Theorie / Ökonomie

- 13 Trotzki's Übergangsprogramm zur
Gründung der IV. Internationale
- 18 Einführung in die bürgerliche Ökonomie:
Keynes und Friedman
- 22 Veranstaltungen der Internationalen
Sozialisten

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes
und Kontakt:
Francis Byrne, Xantener Str. 3b, 50733 K In
Tel.: 0221 / 534 86 93
Einzelpreis: DM 2,- / 1,- E
Abo-Preis f r 10 Ausgaben: DM 20,- / 10,- E
(4 Ausgaben im Jahr)
Kontonummer:
N. Nelte Postbank Hannover BLZ 250 100 30
Kto. Nr. 140993 - 301

Kontakt über Ortsgruppen:

Köln: Francis · 02 21 / 53 48 693
Karsten · 02 21 / 28 23 135
Berlin: Christian · 030 / 34 09 60 00
Bonn: Mark · 02 28 / 92 39 768

email: intersoz@netcologne.de
Homepage: www.internationalesozialisten.de

Editorial

Der kapitalistische Alltag hat uns diesmal dort erwischt, wo seine Auswirkung uns am härtesten trifft - Krieg, mit dem Risiko der Ausweitung zum Weltkrieg.

Vor dem Ausbruch dieses Krieges haben die Internationalen Sozialisten bereits vor knapp 2 Jahren, nach dem letzten Balkan-Krieg, gewarnt (Die NATO, das Öl und der nächste Konflikt, in: KK, Nr. 23 [Oktober 1999]). Wir haben die Lage um das Öl in Kasachstan, den amerikanischen Imperialisten und seinen Konkurrenten analysiert. Ergebnis dieser Untersuchung war, dass dort die Vormachtstellung der USA bedroht ist und deshalb

»der nächste Krieg schon vorprogrammiert ist und schon vorbereitet wird; und der wird für die NATO nicht so glimpflich und heroisch enden, wie der auf dem Balkan.«

Wir konnten diese weitsichtige Analyse nur mit einer marxistischen Logik bewerkstelligen. Die Profitlogik der amerikanischen Kapitalisten und ihrer Regierung, das Akkumulationsgesetz, die unendliche Gier des Kapitals nach dem Schwarzen Gold sind die Triebfeder für diesen Krieg. So hat Bush sich auch nach seinem Präsidentschafts-sieg bei Mobil-Exxon für deren 46 Mio. Dollar-Wahlkampfspende bedankt.

Dieser Krieg wird überhaupt nicht wegen des Anschlags auf das World-Trade-Center geführt. Die amerikanische Administration ist nicht blind. Sie weiß ganz genau, dass sie, will sie den islamischen Terrorismus bekämpfen, als erstes Israel aus Palästina zurückziehen müsste und die irakische Bevölkerung, von der schon über 1 Mio. Menschen wegen des Boykotts verhungert sind, nicht weiter mit dem Tode bedrohen dürfte.

Statt dessen wird in Palästina der Schießbefehl auf Militante gegeben. Ein untrügliches Zeichen, dass es den Herrschenden gar nicht in erster Linie um die Ausmerzung des Terrors geht. Sie tun nichts, um den Konfliktherd zu deeskalieren. Das Gegenteil ist der Fall. Die USA will nur militärisch die Oberhand behal-

ten und verschärft nur die Lage. Das nächste mal trifft es also nicht nur ein paar Häuser, sondern die Bewohner einer ganzen Stadt.

Die USA riskieren mit ihrem Krieg einen Weltbrand, der mit dem Untergang der Menschheit und damit auch des amerikanischen Kapitals enden kann. Dieses Risiko geht man nicht wegen einer Terrorbande ein. Diese Aufgabe hat der CIA immer mit geheimdienstlichen stillen Methoden erledigt.

Ihr entschlossener Angriff aber zeigt, dass bin Laden gar nicht das Motiv für die USA ist. Sie gehen das Risiko eines Weltbrandes nur deshalb ein, weil sie selbst mit dem Rücken an der Wand stehen. Sie geben die (zunächst) 40 Mrd. US-Dollar für diesen Angriff nur für ihre unendliche Gier nach dem Schwarzen Gold aus. Denn mit ihrer Vormachtstellung auf den kasachischen Ölfeldern wäre auch ihre Vormachtstellung im imperialistischen Orchester bedroht. Nur dann geht man auch das Risiko eines Weltkrieges ein.

Aber wenn es den USA nur um die Ölpipeline geht, warum haben sie dann nicht schon 1997 die Nordallianz heimlich aufgerüstet? Weil sie der Nordallianz auch misstrauen, da sind schließlich auch viele Mujaheddins. Die USA wollen selbst die Kontrolle in Kabul. Nur dann fühlen sie sich mit ihrer wertvollen Ölpipeline auch sicher.

Erst wurden die Taliban wegen der Russen von den USA gegen die Nordallianz unterstützt. Nun wird wegen der Pipeline die Nordallianz gegen die Taliban unterstützt. Auf der Strecke bleibt das afghanische Volk, das seit 20 Jahren Krieg erleiden muss. Sie sind nur verlorene Figuren im grossen Spiel des Kapitals.

Warum sind die Internationalen Sozialisten die einzigen, die das Öl als Motiv für den US-Krieg sehen? Die anderen Linken berichten zwar inzwischen auch über den Zusammenhang mit dem kasachischen Öl, aber das leider nur als zusätzliche Beute. Triebfeder für Bushs Krieg bliebe bin Laden oder der ‚Terrorismus‘ insgesamt.

Mit dieser Position können sich auch die Bürgerlichen anfreunden. Selbst Kriegsminister Scharping stellt den Zusammenhang mit

Kasachstan her, nur findet er dies richtig und die Linken natürlich falsch. Konsequenz ihrer pazifistischen Position ist aber nur, halt keinen Krieg zu fordern und einen friedfertigen Präsidenten.

Unsere Haltung vom Öl als Triebfeder aber deutet zwingend auf das Akkumulationsgesetz. Die Konkurrenz auf dem Ölmarkt pervertiert die handelnden Personen. Will man ihre Aggression grundsätzlich abschaffen, muss man das Akkumulationsgesetz und den Kapitalismus abschaffen. Keine noch so breite Bewegung kann diesen Horror beenden, wenn sie isoliert von der Arbeiterklasse bleibt. Nur die Selbsttätigkeit der Arbeiter kann uns von dem Schreckens-Kabinett der im Geiste verwandten Zwillinge Bush und bin Laden befreien.

Wenn dieser Krieg wegen bin Laden geführt würde, dann handelte es sich um einen Verteidigungskrieg. Er ist als solcher auch von den USA bei der UNO angemeldet worden und so vom Völkerrecht gedeckt. Als Ölpipeline-Krieg ist das aber ein Angriffskrieg seitens der USA, der nicht vom Völkerrecht gedeckt wäre.

Wir hoffen, dass die anderen revolutionären Linken auch noch die Haltung ‚Triebfeder Öl‘ einnehmen und die Arbeitermassen mit ihr übereinstimmen werden.

Gute Chancen haben wir diesmal. 36% aller Deutschen sind laut Infratest gegen die Beteiligung der Bundeswehr, und 72% befürchten eine Eskalation. Auf der anderen Seite halten sie diesen Krieg aber als ‚Verteidigungskrieg‘ auch für legitim und die getöteten Zivilisten als noch verhältnismäßig, jedenfalls sind die meisten von ihnen offensichtlich noch nicht aufgebracht genug, um sich den Friedensdemonstrationen anzuschließen.

Das würde sich ändern, wenn man sie davon überzeugen könnte, dass das Motiv für Bushs Krieg die Ölpipeline ist und sein Krieg damit ein Angriffskrieg. Deshalb muss die Linke mit einer Sprache sprechen und die Wahrheit über die Machenschaften des amerikanischen Kapitals und der Täuschung der Öffentlichkeit aufzeigen.

Eine weitere Eskalation würde den Krieg in die Metropolen tragen. Schliesslich haben wir in der BRD das Schreckensnetz Metin Kaplans (des ‚Khomeinis von Köln‘) - eines Freundes bin Ladens - und seinen 3.000 Anhängern im Land. Ein Drittel aller türkischen Jugendlichen, von denen nur 60% einen Schulabschluss haben (ein Versäumnis von Politik und Schulen), sympathisieren mit den Fundamentalisten von Mili Görus. In Amerika gibt es die ersten Milzbrandopfer, und in Pakistan, Ägypten, Palästina, Indonesien werden die anti-amerikanischen Demonstrationen immer stärker. Diese Lage ist angespannt und könnte sich jederzeit zur Explosion entladen.

Hoffentlich werden dann die Massen zwischen den 2,4 Millionen ‚normalen‘ Türken und den Kalifatkämpfern unterscheiden und sich nicht provozieren lassen von den militanten Fundamentalisten und ihrer gewaltsamen Verteidigung gegen die amerikanische Aggression, die selbst vor unbeteiligten Menschen nicht Halt macht. Das würde die Gewaltspirale weiter antreiben. Aber auch das hängt davon ab, ob die Massen den Krieg als Bushs Angriffskrieg erkennen und im Friedenskampf aktiv werden; und das wiederum hängt von den Linken ab, ob sie die richtige Propaganda entfalten.

Die Linke muss jetzt unbedingt einheitlich reden und ihre Differenzen hinten anstellen, um den Massen die Wahrheit über Bushs perfide Machenschaften zu erzählen, der einen Weltkrieg wegen der Ölpipeline in Kauf nimmt.

Für das giernde Kapital der Profit und für die Völker die Bomben - darauf können die Arbeiter nur eine Antwort auf den Strassen und in den Betrieben geben: Für das Kapital die Entlassung und für die Arbeiter die Zukunft.

Stoppt Bushs Angriffskrieg!

Schluss mit den Nebelkerzen!

Kein Blut für Öl!

Die nach Blut und Öl stinkende Doppelmoral des Kapitals

★ Claudia Wach



Die Amerikaner jagen Osama Ben Laden als ‚Weltfeind Nummer eins‘. Dies war allerdings nicht immer so. Es gab Zeiten in denen sich die Amerikaner und die afghanischen Taliban gut verstanden haben, und das ist noch keine fünf Jahre her. Wie nahe sich die US-Regierung, amerikanisches Kapital und die Taliban-Regierung kamen, zeigen die Jahre 1996 und 1997.

In dieser Zeit hatten die radikalen Religionsstudenten ihre Herrschaft auf Afghanistan ausgedehnt und begannen, ihre Stellung zu konsolidieren. Die amerikanische Regierung glaubte damals, dass sie durch die Unterstützung dieser afghanischen Regierung endlich an Ölfelder gelangen könnte, die nicht in der instabilen Region des Persischen Golfs liegen, sondern am Kaspischen Meer. Aus diesem Grund zögerten die Amerikaner keinen Moment in Afghanistan ihre Geschäfte zu machen.

Die Zeiten guter Geschäftsbeziehungen sind längst vorbei, da die Afghanen sich nicht vom amerikanischen Kapital gänzlich lassen wollten.¹

Seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 - unter anderem auf das World Trade Center, wo Tausende von Menschen den Tod fanden - ist die ganze ‚zivilisierte westliche Welt‘ in Aufruhr gegen die religiösen Fundamentalisten. Chef-Cowboy Bush droht Afghanistan und allen anderen Staaten, die sich nicht solidarisch mit Amerika erklären, mit jahrelangen Vergeltungsschlägen. Nachdem Bush die Terroraktionen als „Angriff der Barbarei auf die zivilisierte Welt“ titulierte hatte, holt er nun zum selbstlosen Gegenanschlag „gerechte und heilige[!] Rache“ aus.

Dass dieser Rachefeldzug ganz sicher nicht selbstlos ist, kann sich jeder vernünftige Mensch an zwei Fingern abzählen. Die Erklärung mag zwar den einen oder anderen mittlerweile langweilen, aber nichts desto trotz ist und bleibt sie die richtige: Mal wieder wird vom amerikanischen Staat ein Krieg für Öl

geführt.² Dem amerikanischen Staat geht es nicht darum, die Welt zu befrieden oder sich und die amerikanischen Bevölkerung vor weiteren Terroranschlägen zu schützen. Man weiß doch, dass für jeden getöteten Ben Laden mindestens hundert neue Ben Ladens kommen, um für ihre Sache ihr Leben im Kampf zu geben. Die amerikanische Regierung nutzt die Gunst der Stunde: Jetzt wo die US-Bevölkerung und mit ihr fast die ganze westliche Welt gegen die Islamisten aufgebracht ist, können die Vereinigten Staaten ihren Feldzug gegen die östliche Welt betreiben, ohne politisch unter Druck zu geraten.

Die deutsche Regierung nutzt - als Kamerad des amerikanischen Imperialismus - die Gelegenheit, unter dem Mantel der Bruderhilfe die innenpolitischen Druckmittel in Deutschland zu verstärken. Der einfallsreiche Innenminister, Otto Schily, überholt gerade seinen berüchtigten Vorgänger, Manfred Kanther (CDU), rechts außen: Zu seinen Maßnahmen gehören vor allem die erkennungsdienstliche Behandlung aller Deutschen und Nicht-Deutschen, die Einführung bundesweiter Rasterfahndungen und die nachrichtendienstliche Sicherheitsüberprüfung von Asylbewerbern. Für die ausländischen Kollegen wird künftig noch weniger Datenschutz gelten als bisher: Die Polizei soll Zugriff auf die Rechner des Ausländeramtes - einer durch und durch rassistischen Institution - erhalten. Der neueste Clou ist die Verzahnung von sogenannten ‚polizeilichen und militärischen Strategien‘. Dahinter verbirgt sich schlichtweg der Einsatz von gedrillten und brutalen Bundeswehreinheiten bei Castor-Transporten oder auch anderen Großdemonstrationen.

Auch außenpolitisch zeigt der deutsche Staat seine wahre Fratze: Wo die Bundeswehr bisher defensive Militärstrategien favorisierte, übernimmt sie im

gemeinsamen Krieg gegen die östliche Welt mehr und mehr offensive Kriegsstrategien. Der deutsche Staat steht, wie dies Schröder und auch Kriegsminister Scharping deutlich ausgesprochen haben, den Amerikanern nicht nur politisch, sondern auch militärisch zur Seite. Die Deutschen sind wieder mit von der Partie, wenn es heißt, in den Krieg zu ziehen.

Natürlich wollen sie uns glauben machen, dass es nur um unsere Sicherheit geht. Ihre wahren Interessen, die sich in keiner Weise von den geldgierigen Absichten der Amerikaner unterscheiden, verheimlichen sie selbstverständlich völlig. Sie nutzen auf diese Weise hemmungslos die aufgebrachten Emotionen und Ängste der deutschen und amerikanischen Bevölkerung aus, um ihren eigenen kollektiven Terrorismus - unter dem Mantel der gerechten Rache - voranzutreiben.

Solange wir diesen immer wiederkehrenden Mechanismus nicht verstehen, werden wir auf ihre verlogenen und doppel-moralischen Erklärungen reinfallen. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen Amerika und Afghanistan und auch nicht zwischen Orient und Okzident, sondern zwischen dem amerikanischen Kapital und den amerikanischen Lohnabhängigen.

Wenn wir das verstehen, wissen wir gleichzeitig, dass wir weder auf der Seite der islamischen Terroristen, noch auf der Seite des amerikanischen Kapitals stehen. Unser Kampf muss an der Seite der Lohnabhängigen stattfinden - unabhängig jeder Nationalität.

Fußnoten

- 1 Vgl. Der Spiegel, Nr. 39 (24.09.2001), S. 14, f
- 2 Näheres hierzu: Langengriepen, Frank, Pulverfass Kaspischer Raum: Der nächste Krieg, in: Klassenkampf, Nr. 29 (August 2001), S. 14-15

Kein Blut für Öl!

Aufruf zu einem offensiven Antikriegs-Komitee gegen Bushs Angriffskrieg gegen Afghanistan

36% der Bevölkerung sind gegen Bushs Krieg in Afghanistan (Infratest); diese Haltung ist momentan leider nur passiv und äußert sich nicht in regem Zulauf zu den Aktionen gegen den Krieg. Weitestgehend glaubt man wohl, die Kriegsziele der USA - angeblich das Vorgehen gegen den weltweiten Terrorismus - seien legitim. Da der Krieg und die mögliche Ausweitung auf Libyen, Libanon und andere Ölländer von der UNO genehmigt ist, halten sie ihn für einen Verteidigungskrieg.

Gelänge es der Linken, die wahren Ursachen für die US-Militäraktionen gemeinsam zu propagieren, würde die Stimmung in der Bevölkerung wohl ganz anders aussehen.

Kriegsursache: Öl

Der Anschlag auf das World Trade Center war nur ein willkommener Anlass für die US-Regierung, ihren seit Anfang der 90-er Jahre geplanten Bau einer Erdöl-Pipeline vom turkmenischen Chardzou an die pakistanische Küste durchzusetzen. Dazu müsste sie mitten

durch das von den Talibani kontrollierte Afghanistan gebaut werden.

Im Kaukasusraum fördern auch Amerikas Konkurrenten Russland und China Erdöl. Russland plant sogar eine Super-Pipeline mit einer Förderkapazität von 700.000 Barrel pro Tag und droht somit, den USA den Rang abzulaufen. Dieser Druck zwingt Bush zum schnellen Handeln. Von der Pipeline hängt das Fortbestehen der amerikanischen Vorherrschaft in der Weltwirtschaft ab.

Würden die USA tatsächlich gegen den Terrorismus zu Felde ziehen, müssten sie erst einmal die Ursachen für ihn beseitigen, die Bush auch beim Namen genannt hat:

Die Vereingten Staaten müssten Israel (das seit 1975 immerhin 80 Mrd. \$ aus den USA erhalten hat) unter Druck setzen, damit es seine Truppen aus Palästina zurückzieht.

Der Boykott gegen Irak müsste sofort eingestellt werden.

Würde es wirklich um die Vernichtung

bin Ladens und seiner Organisation Al-Kaida gehen, würde keine bisher 40 Mrd. \$ teure Materialschlacht geführt werden, sondern eine Geheimdienstaktion. Das Risiko eines Weltkrieges gehen die USA nur deshalb ein, weil sie ökonomisch mit dem Rücken an der Wand stehen.

Raus aus der Defensive

Nun ist es unsere Aufgabe, eine Kampagne zu starten, in der der Bevölkerung die Wahrheit gesagt wird. Wir müssen massive Propaganda machen, damit verstanden wird, dass der Krieg nicht gegen den Terrorismus geführt wird, sondern um Erdöl.

Wir sind also nicht mit einem Verteidigungskrieg konfrontiert, sondern mit einem Angriffskrieg.

Stoppt Bushs Angriffskrieg! Kein Blut für Öl!

WWW.KEIN-BLUT-FUER-OEL.DE WWW.KEIN-BLUT-FUER-OEL.DE WWW.KEIN-BLUT-FUER-OEL.DE

Unsere Gruppe/ich will sich/mich am Aufbau eines Komitee-Netzwerkes von Organisationen beteiligen, die die oben genannte Einschätzung der Kriegsursache teilen.

Name	Organisation	Adresse	Telefon/ E-mail

Komitee "Kein Blut für Öl"

Erstes Treffen: Do., 25.10., Bürgerzentrum ‚Alte Feuerwache‘, Melchiorstr. 3, Haltestelle Ebertplatz, Köln

Erstunterzeichner:

Gegenpol, Internationale Sozialisten

Listen bitte zurück an die Internationalen Sozialisten (Adresse siehe unten)

Internet: www.internationalesozialisten.de

E-mail: intersoz@netcologne.de

Post: IS, c/o Nelte, Nesselrodestr. 28, 50735 Köln

Tel.: Karsten: 0221/ 28 23 135 oder Norbert: 0221/ 28 70 388

Internationale Sozialisten



Der individuelle Terrorismus,

★ Rainer Weiss

Ben Laden und seine Truppen wollten dem Imperialismus schaden. Der iranische Abschiebeflüchtling, der den CIA gewarnt hatte, drückte das sinngemäß aus mit den Worten, dass dieser Anschlag die Weltordnung aus den Angeln hebt.

Erreicht aber haben sie das genaue Gegenteil. Getötet wurde der unschuldige amerikanische Arbeiter, der aber der wichtigste potenzielle Bündnispartner für die Araber wäre, weil er den amerikanischen Imperialismus stürzen kann.

Das amerikanische Kapital wiederum kann endlich seine lang geplante und für ihn überlebensnotwendige Ölpipeline von Kasachstan aus bauen. Das versetzt die USA in die Lage, im Ölgeschäft die Weltkontrolle zu behalten, und damit können sie auch ihren imperialistischen Rang aufrecht erhalten - dank Ben Laden und seiner Truppe.

Bin Laden hat nicht nur den Imperialismus gestärkt, sondern auch die Weltarbeiterklasse geschwächt. Denn er hat erreicht, dass die ‚Sicherheitsgesetze‘, die in erster Linie die Arbeiter treffen, nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in der gesamten kapitalistischen Welt verschärft werden. In Deutschland drückt sich das in der Diskussion über die Aufweichung des Datenschutzes, der Rasterfahndung und der Wahl von ‚Richter Gnadenlos‘, Ronald Schill zum Hamburger Innensenator aus. Und was sonst alles noch diskutiert wird: Bankgeheimnis abschaffen, Videoüberwachung, Verschärfung bei der Einreise - jeden Tag ein neuer Vorschlag.

Die amerikanische Arbeiterklasse ist jetzt infiziert von Nationalismus und Rassismus - Angriffe auf moslemische Zentren, alles islamisch Aussehende und die arabischen Arbeiter nehmen massiv zu. Die Militärhaushalte werden erhöht, und die Kulturen sind polarisiert.

Ihren Zielen jedenfalls kamen die

Attentäter keinen Schritt näher. Aber was sind ihre Ziele?

Die Produktivkräfte des Orients waren zur Zeit des Eintrittes von Europa in den Kapitalismus weniger entwickelt als im Okzident. Statt die weniger entwickelten Länder zu unterstützen, hat Europa diese Länder im Kolonialismus noch weiter zurückgeworfen. Im Neokolonialismus betreiben die ‚westliche Welt‘ diese Politik mit der Zollschränken- und Schuldenpolitik weiter.

Im Irak hat der Imperialismus mit seiner Boykottpolitik schon über eine Million Arbeiter und Bauern umgebracht. Israel unterjocht mit amerikanischer Billigung und amerikanischem Geld die Palästinenser. Die USA unterstützen den Falterschah im Iran und den mittelalterlichen Terrorkönig in Saudi-Arabien. Es gab Bombenangriffe von ihnen im Sudan, Libyen und von dem - von den Vereinigten Staaten bezahlten - Israel im Libanon und in Syrien.

Das arabische Kapital, dessen Vertreter Ben Laden ist, will natürlich, wie jeder Konkurrent, selbst die Nummer eins und zumindest in seiner Region Oberimperialist sein. Sein Kampf für dieses Ziel ist aber nicht unser Kampf.

Die arabischen ‚Krieger‘, die aus allen oben genannten Ländern kommen, haben vielleicht im Sinn, ihre Heimatländer zu befreien. Aber sie kämpfen isoliert und können keine Emanzipation der Massen bringen. Im Gegenteil, die arabischen Massen denken nun eher, da kämpft ja schon ein Held, da brauchen wir nicht mehr zu kämpfen.

In der Regel unterstützen wir einen nationalen Befreiungskampf, aber nur aus taktischen Gründen, um selber Einfluss auf die Arbeiter zu bekommen, und wir müssen, wie Lenin es ausdrückt, *»unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung - sogar in ihrer Keimform - wahren«*.

Wir unterstützen die Palästinenser bei ihrer Demonstration in Ramallah - die



Stichwortgeber des Imperialismus

Jugend dort hat keinerlei Zukunft mehr, keine Arbeit, die Häuser werden ihnen von israelischem Militär eingerissen und die Brüder erschossen. Was ist das für eine Heimat, wo der einzige Traum schon von 3-jährigen ist, weder Lokführer noch Arzt zu werden, sondern Selbstmordattentäter. Aber wir unterstützen nicht die politisch gegnerischen Organisationen, ganz bestimmt keine Mullahs und individuellen Terroristen. Wir versuchen, die arabischen Massen für den Marxismus zu gewinnen. Trotzki schreibt in einem Artikel:

»Eben deswegen ist individueller Terror in unseren Augen unzulässig: denn er schmälert die Rolle der Massen in ihrem eigenen Bewußtsein, denn er söhnt sie mit ihrer eigenen Machtlosigkeit aus und richtet ihre Augen und Hoffnungen auf einen großen Rächer und Befreier, der eines Tages kommen wird und seine Mission vollendet.«

Das Anliegen der Attentäter ist gerecht. Aber es trifft die Falschen, Unschuldigen und ist eine falsche unheilvolle Methode, die nur Unglück bringt und zum Gegenteil führt. Es trifft die amerikanischen Arbeiter, unsere Kollegen, diejenigen, die den Imperialismus stürzen können. Wir stellen uns eindeutig auf ihre Seite und gegen die Terroristen.

Wenn die Attentäter gezielt Mr. Bush getroffen hätten, hätte ihm kaum jemand eine Träne nachgeweint. Schließlich hat das amerikanische Kapital die arabische Welt an vorderster Front unterdrückt. So, wie das Entstehen des Islam im 7. Jahrhundert ein Reflex auf die unterdrückenden, reicheren Christen in Byzanz war (die Araber waren vorher Anhänger einer Naturreligion), so ist der islamische Fundamentalismus ein Reflex auf den Imperialismus.

Bin Laden stärkt die Imperialisten, und die Imperialisten stärken die Fundamentalisten. Bush und Ben Laden

ergänzen sich gegenseitig, sie sind nur zwei Seiten der gleichen Medaille des Schreckens - eben Ben Bush, der Obermufti des amerikanischen Kapitals.

Der US-Präsident kann mit seiner Jagd auf den Terrorchef wunderbar von seinem Krieg um die Ölpipeline ablenken, und deshalb wollen 90% der Amerikaner ein militärisches Eingreifen. Nur in Europa haben die Menschen Angst, sind vor Schreck gelähmt und sitzen wie ein Kaninchen vor der Schlange Bush, der mit seinem Rasierpinsel die Weltarbeiterklasse weiter einseifen will.

Vielleicht wird aus der Angst platzende Wut, wenn die Massen registriert haben, dass Bush diesen Krieg wegen der Ölpipeline führt und schon lange geplant hat. Mittlerweile sagen das nicht mehr nur wir Internationalen Sozialisten, diese Haltung findet sich schon vereinzelt in den Medien - in der Neuen Badener Zeitung und neulich sogar bei Monitor.

Wird sich diese Haltung durchsetzen, dann Bush, werden die Völker der Welt dich anklagen, dass du mit jeder Bombe auf das irakische Volk zehn neue Ben Ladens produzierst, mit jedem Schuss in Palästina 100 neue Selbstmordattentäter und mit jeder Bombe auf das afghanische Volk das Heer der Fundamentalisten verdoppelst. Und den Attentätern sei gesagt, dass sie mit jeder Bombe, mit der sie die Weltarbeiterklasse brutal angreifen, nur die grausam herrschenden Imperialisten stärken.

Bush ist bereit, für seine schnöde Ölpipeline einen Weltbrand in Kauf zu nehmen. Nur die globale Arbeiterklasse wird diesem Spuk ein Ende setzen und eine neue Weltordnung bauen können, wo es nur Gleiche neben Gleichen gibt.

Stoppt Bush!



Afghanistan unter Feuer

★ Werner Klein

Man fragt sich, warum riskieren die herrschenden Taliban einen Angriff der USA, und warum liefern sie Ben Ladin nicht einfach aus?

Die häufigste Erklärung ist, dass sie das sehr hoch stehende Gastrecht der Afghanen nicht verketzern könnten. Dies kommt der Wahrheit auch schon ziemlich nah, langt aber nicht aus, weil es die Absolutheit der Ablehnung nicht erklärt.

Um ein Verständnis für die Lage zu entwickeln, muss man etwas ausholen:

Die Geschichte des Orients

Die geschichtliche Entwicklung verlief global unterschiedlich. Im Mittelalter war das Zentrum der Welt der Orient mit einer Blüte der Wissenschaften und Künste.

Aufbauend auf der Geisteshaltung von Aristoteles, der zufolge man seine Gegner nicht vernichten, sondern von ihnen lernen soll, betrachteten sie die eroberten Menschen als gleichwertig an. In Spanien bewundern wir die Alhambra in Granada. Wir ergötzen uns an den Liebes- und Abenteuer Geschichten aus Tausend und einer Nacht. Zeugnis der Hochkultur sind unsere Zahlzeichen und das Dezimalsystem, das wir von den Arabern übernommen haben.

Diese Hochkultur hat einen sehr alten Ursprung. Vor 15.000 Jahren wurde in Anatolien die erste Kulturpflanze entwickelt. Der Gartenbau und das zahlreiche Wild brachten die Entwicklung so weit vorwärts, dass in Kurdistan schon vor 7.000 (siebentausend) Jahren Steinhäuser gebaut wurden. Vor 6.500 Jahren wurde der Ackerbau in der Gegend von Syrien und Kurdistan eingeführt, von wo er dann nach Europa gebracht wurde.

In Assyrien, dem heutigen Irak, entstand die in der damals bekannten Welt erste Klassengesellschaft, das, was wir Zivilisation nennen. Durch den Ackerbau wurde ein Reichtum angehäuft, der es einigen Menschen erlaubte, sich nur mit Wissenschaften und Künsten zu beschäf-

tigen, und anderen, mit Herrschaft und Verwaltung. Die ersten Schriften entstanden - das waren übrigens Rechnungen -, die erste Bibliothek wurde gebaut mit dem bekannten Gilgamesch-Epos. Als Abbild der hierarchischen Gesellschaft schuf man die erste hierarchische Religion mit dem obersten Gott Ea.

Vor 5.000 Jahren lebten in Uruk schon 100.000 Menschen. Während in Europa die Menschen in Höhlen hausten, wohnten sie dort bereits in hohen Häusern. Der Turmbau zu Babel ging in die Geschichte ein.

Dieser Wechsel von der Naturgesellschaft zur Klassengesellschaft ging in die Mystik ein als Vertreibung aus dem Paradies. Der Urvater der drei großen Religionen dieser Welt, Abraham, kommt aus dieser Gegend. Die kulturelle Blüte der Araber dauerte - unterbrochen durch die Römer - bis zum 15. Jahrhundert an.

Erst zu diesem Zeitpunkt hat sich in Europa das Kapital stark entwickeln können, weil es ihm gelang, die Konkurrenz des Adels untereinander auszunutzen und die weniger entwickelten Länder zu berauben. Das Zentrum der Welt verlagerte sich ins Abendland, und nachdem das Kapital dort auch die politische Herrschaft übernahm, unterdrückte die neue Macht die Araber mit dem Kolonialismus.

Es ist heute notwendig, sich die Entwicklung noch einmal in Erinnerung zu rufen, weil viele Politiker den Islam verächtlich machen und die Orientalen als Trottel darstellen. Aber der Orient war eine hochstehende Kultur, von der Europa viel gelernt hat. Sie hatte nur das Pech, just in dem Moment, als Europa in den Kapitalismus eintrat, nicht - wie bis zum 15. Jahrhundert - voraus zu sein, sondern 1-200 Jahre zurück zu liegen.

Orient und Okzident

Wir haben heute eine unterschiedlich entwickelte Welt. Arm und Reich können aber nicht für immer derart zusam-

men leben. Also müssten die reicheren Länder den armen beim Aufholen helfen. Aber der Imperialismus macht genau das Gegenteil.

Erst raubt er mit der Kolonialpolitik die armen Länder aus. Dann lässt er sie in ihrem Elend verhungern und treibt das Elend mit Zollschrankenpolitik und Verschuldung noch weiter voran. Die eh schon kleine Entwicklungshilfe in Deutschland wurde jetzt um weitere 5,6% gekürzt.

Die Imperien führen Terrorkriege gegen Algerien, Ägypten, Libyen, Syrien, Palästina, Sudan und, und, und. Israel hält als von Amerika bezahlte Polizeiwache Palästina besetzt, gibt der Jugend keine Arbeit, vertreibt die Palästinenser aus ihren Gebieten und reisst deren Wohnhäuser ein. Die USA bombardieren die irakische Bevölkerung, und mit den Hungertoten und den Verendeten aus den verhängten Boykotten und Handelssperren der hochindustrialisierten Länder sind schon über 1.000.000 Moslems umgebracht worden.

Und dann fragt sich noch jeden Abend die Journaille, woher der Hass einiger Moslems kommt, während die imperialistischen Regierungen unter Propagandaschlachten weiter auf die Moslems einschlagen.

Doch wird mit den U 52-Bombern, Düsenjägern, Flugzeugträgern und Panzern wirklich nur ein Ben Laden gejagt? Der Weltöffentlichkeit wird erzählt, wegen des World-Trade-Anschlags müsse man gegen die Terroristen vorgehen und, weil die Taliban ihn nicht ausliefern, auch gegen sie.

Die Taliban und Bin Ladin

Die Taliban sind keine Sekte, ihr Name ist nur ein Synonym für die paschtunische herrschende Sippe. Schon immer waren sie der herrschende Stamm unter den Königen. Nur Paschtunen durften Abitur machen, nursie erhielten Lizenzen und durften Beamte oder Richter werden. Nachdem die russische Armee abgezo-

gen war, haben sie sich die Herrschaft zurück erobert.

Der afghanische Islam ist eigentlich sehr aufgeschlossen, nur die Tradition des paschtunischen Herrscherstammes nicht, und die zwingen die Taliban jetzt allen Afghanen auf.

Bin Laden hat die Tochter des Regierungschefs Mullah Omar geheiratet und der wiederum als 3. Frau die Tochter von Ben Laden. Damit gehört er wie ein Organ zu der Sippe des obersten Taliban.

In mittelalterlichen Gesellschaften ist die Sippe das einzig bestimmende Element. Erst der Kapitalismus schuf das Individuum. Aber in vielen Völkern, wie z.B. bei den Tuareg, ist die alte Einstellung noch überlebensnotwendig. In der Wüste kann ein Einzelner nicht lange überleben. Nur in der Gruppe kann ein Mensch das. Und auch die Sippen des Stammes der Taliban sehen sich als eine Person, sie werden einen Einzelnen nicht ausweisen.

Krieg ums Öl

Das wissen auch die Amerikaner. Die Sicherheitsberaterin von Bush, Frau Rice, hat das Ziel auch schon ausgeplaudert: Die Taliban sollen entmachtet werden. Daher der grosse Aufmarsch der vereinigten kapitalistischen Flugzeugträger und Bombergeschwader.

Aber wird dieser Aufwand getrieben nur wegen eines Mannes? Der CIA hat eine solche Frage immer mit geheimdienstlichen Methoden gelöst oder lösen lassen, einen Agenten mit dem Messer geschickt. Jedenfalls wird der gesamte Aufwand nicht wegen Ben Laden betrieben. Der ist mit seinen Leuten wohl schon weg aus Afghanistan zu den paschtunischen Sippen in den pakistanischen Bergen.

Die Amerikaner selbst haben die Taliban und Ben Laden vor 10 Jahren militärisch ausgebildet, um die russischen Besatzer aus dem Land zu werfen. Und 1995-97 haben sie sie nochmal unterstützt, damit die USA dann dort die Ölpipeline von Kasachstan aus bauen können.

Diese Pipeline soll das Erdöl der Kaukasusregion - dem ‚Persischen Golf des 21. Jahrhunderts‘ - zu den Ozeanhäfen transportieren. Die USA müssen sie unbedingt haben, sonst wird Russland - einer der Konkurrenten in der



Menschen flüchten vor den Bombardements.

Förderung im Kaukasus - sie mit ihrer geplanten Riesenpipeline locker überholen.

Die bisher von den Amerikanern geplante Pipeline über Aserbeidschan, Armenien und Kurdistan allein ist zu unsicher. Würde man sie über russischen Boden verlegen, könnte der Hauptkonkurrent sie erpressen; Iran und China sind indiskutabel. Also bleibt nur Afghanistan. Die Pipeline muss dort um jeden Preis gebaut werden.

Bush fordert jetzt seinen Tribut ein. Da kommt ihm der Anschlag auf das World Trade Center gerade zur rechten Zeit.

Die amerikanischen Arbeiter, die so unsäglich dabei gelitten haben, unterstützen ihre Regierung auch in dem Glauben, gegen Ben Laden zu kämpfen. Nicht so Bush, er verfolgt seine alten Ziele der Ölpipeline.

Wenn er die Taliban von der Macht vertreibt, wird auch viel Blut einfacher Afghanen fließen. Zur Zeit schmiedet er eine ‚Anti-Terror-Koalition‘ zusammen, bei der auch Staaten wie Iran mitmachen. Sie und viele andere Länder beteiligen sich aber nur unter der Bedingung, dass Unbeteiligte dabei nicht zu schaden

kommen. Wie werden diese Länder nun reagieren? Wird es einen Weltbrand geben?

Kriegsminister Scharping hat die Kriegsziele am 26. September im Bundestag schon deutlicher benannt. Die Gegend um Kasachstan sei so unsicher, da bräuchte man militärische Interventionen.

Das internationale Kapital mit Bush als Führer will einen Weltkrieg in Kauf nehmen für eine Ölpipeline. Wenn es der Ölindustrie juckt, hustet die Weltwirtschaft. Es gab schon unzählige Kriege und Putsche ums Öl.

Natürlich bauen die Amerikaner erst ihre Pipeline, wenn die Welt den Krieg schon wieder vergessen hat. Aber wenn die Massen sie dann doch in Zusammenhang mit dem Krieg bringen, dann ist es um Bush geschehen. Entweder werden die Massen die Rechten hoch bringen und die Reise geht dann direkt in die Barbarei, oder der dann fällige Krieg zwischen den Imperien und der islamischen Welt wird verwandelt in einen revolutionären Krieg für den Sozialismus.

Kein Blut für Öl!



Der barbarische Terror des US-Imperialismus

★ Margit Behrends

»Weder Microsoft noch Goldman Sachs werden Flugzeugträger zum Golf schicken, um Osama Bin Laden aufzuspüren, aber das US-Militär wird dies tun.«

Dies war das Statement von Francis Fukuyama, einem ehemaligen Mitglied des US State Departments und Publizisten, wenige Tage nach dem Terroranschlag vom 11. September. Hinter seinen Worten steckt die einfache Wahrheit, dass das Kapital einen militärischen Arm braucht, will es auf dem Weltmarkt etwas zu sagen haben.

In keinem Krieg, den die USA seit 1945 - seitdem sie unangefochtene Nummer eins der imperialistischen Staaten sind - geführt haben, ging es um moralische Werte oder ähnliche idealistische Ziele. In jedem dieser Kriege ging es um Dollars, Petrodollars, Macht und Einflussgebiete, wie es auch bei dem jetzigen Krieg um Öl und das imperialistische Machtkalkül geht. Wir sollten uns von dem, was die Chef-Krieger sagen, nicht einseifen lassen.

Entsprechend haben die terroristischen Angriffe des USA der letzten zehn Jahre auch alle einen wirtschaftlichen Hintergrund. Hier nur eine kurze Auflistung der Kriege der letzten 10 Jahre:

- Vor zwei Jahren bombardierten die USA und die NATO Serbien. In 78 Tagen des Bombenterrors gab es hunderte sogenannter Kollateralschäden: Kinder, Krankenhausinsassen, Arbeiter und andere.

- Im Kosovokrieg ging es für die USA und die verbündeten Staaten darum, einen der letzten Einflussphären der Russen (außerhalb ihrer ehemaligen Mitgliedsstaaten) als westlichen Absatzmarkt zu öffnen.
- Nebenbei bombardierten die Vereinigten Staaten ‚aus Versehen‘ die Botschaft seines stärker werdenden Konkurrenten China in Belgrad und drangalierte China in diesem Jahr mit Spionageflügen in chinesischem Hoheitsgebiet.
- Vor zehn Jahren schickte Bushs Vater schon US-Bomber in den Mittleren Osten, um den Irak im Golfkrieg wochenlang zu bombardieren. In wenigen Wochen starben mehr als 100.000 Zivilisten in diesem Krieg ums Öl rund um den persischen Golf. Besonders wichtig war es auch für die USA, in diesem letzten Golgkrieg ihre modernen Waffen zu präsentieren, um den Russen jegliche Hoffnung auf eine Wiederherstellung ihrer Grossmachtinteressen auszutreiben. Bis heute sterben durch das Wirtschaftsembargo, das durch regelmäßige Bombardements durchgesetzt wird, gegen den Irak Tausende Menschen jedes Jahr des Hungers.
- In Israel unterstützen die USA eine Regierung, an deren Spitze mit Ariel Sharon ein Kriegsverbrecher steht, der in den letzten 12 Monaten der neuen Intifada über 600 Palästinenser erschießen, ihre Dörfer und Äcker platt-

walzen liess und den Menschen in Palästina jede Hoffnung auf eine friedliche Zukunft vernichtet hat. Die finanzielle Unterstützung für den US-amerikanischen Kettenhund im Nahen Osten belaufen sich allein für die Zeit von 1974 bis heute auf über 80 Mrd. Dollar.

- Als Antwort auf die Terroranschläge von 1998 auf ihre Botschaften in Kenia und Tanzania bombten die USA die einzige Medikamentenfabrik im Sudan von der Landkarte und bombardierten auch schon Afghanistan.

Und dies sind nur die wichtigsten Eckpfeiler des US-Terrors der letzten 10 Jahre. Die grausigen Anschläge vom 11. September auf World Trade Center und Pentagon bedeuten nur, dass der Terrorismus nun das Mutterland des Terrors erreicht hat. Und umgekehrt ist klar, dass die Stellung des führenden Imperialisten auf der Welt nicht auf friedlichem Wege erzielt werden kann. Wir zeichnen die grausige Geschichte des Chef-Imperialisten USA kurz nach.

Kurze Geschichte des US-Imperialismus

Den ersten Krieg nach Außen führten die USA 1898 um die Karibikinsel Kuba gegen Spanien. Später verdrängten sie Spanien noch aus Puerto Rico, den Phillipinen, Haiti, Santo Domingo, Mexiko, Nicaragua und der wichtigen Region um den geplanten Panama-

Kanal.

Unangefochtene Nummer eins der Imperialisten war aber bis dahin Großbritannien. Dies änderte sich erst im Zweiten Weltkrieg, als Großbritannien von den USA als Hauptimperialist abgelöst wurde. Natürlich hatten weder das Vereinigte Königreich noch die Vereinigten Staaten diese Vormachtstellung auf friedlichem Wege erreichen können. In den von ihnen unterdrückten Ländern wurde gemordet, geplündert, bombardiert, Hunger als politisches Machtmittel benutzt, sie installierten ihnen ergebene Herrscher und setzten sie wieder ab und nicht zuletzt wurden diese Länder wirtschaftlich bis zum letzten Tropfen ausgepresst.

Großbritannien konnte in der Zeit des Kolonialismus eine direkte Herrschaft über die Länder ausüben. Die Länder waren ein direkter Teil des British Empire, des britischen Weltreiches. Doch zunehmende Unabhängigkeitsbewegungen liessen die direkte Kolonialisierung dieser Länder zu teuer werden. Der Militär- und Verwaltungsapparat in den Kolonien schluckte einen immer größeren Anteil der erwirtschafteten Sonderprofite. Nicht zuletzt aus diesem Grund verlor Großbritannien auch die Spitzenrolle im Weltimperialismus.

Der Imperialismus nach dem Zweiten Weltkrieg, lässt den unterdrückten Ländern nach außen hin ihre scheinbare Unabhängigkeit. Ausgebeutet werden die Länder durch den moderneren Kolonialismus der Zollschränken- und Zins-Schuldenpolitik. Die USA dominieren die weltweiten Wirtschafts-institutionen IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation und sichern sich auf diese Weise einen riesigen Sonderprofit. Diese ‚friedlichen‘ Institutionen sind verantwortlich für den Tod von Zehntausenden Menschen täglich. Allein 40.000 Kinder sterben täglich aufgrund der imperialistischen Zollschränken und der Schuldenfalle. Doch der ökonomische Druck alleine reicht nicht aus.

Auch die heutige Phase des Imperialismus ist auf die traditionellen Mittel der alten Kolonialpolitik angewiesen: es wird gemordet, bombardiert, Hungersnöte werden als Machtmittel benutzt etc. Wird ein lokaler Machthaber den Herrschenden in den Metropolen zu selbstbewusst, wird er weggeputzt oder ermordet. Ist es aus strategischen Zielen wichtig ein Land zu besetzen, wird es besetzt. Droht ein Land zu einem anderen Imperialisten überzulaufen, wird es bombardiert. Sitzt ein Imperialist in einem seiner Länder nicht so ganz fest in

Sattel, werden Guerrilla-Armeen finanziert, die das Land möglicherweise für den eigenen Imperialismus gewinnen können. Diese Politik betrieb die USA besonders stark in Afrika. In Angola unterstützten sie beispielsweise die UNITA Guerrilla, gegen die herrschende Klasse.

Beispiele

So gibt es seit 40 Jahren ein Wirtschaftsembargo gegen Kuba, weil Castro und Guevara es gewagt haben, US-Kapital zu verstaatlichen. Ein Versuch, die Insel militärisch zu besetzen, scheiterte kläglich in der Invasion an der Schweinebucht.

Gegen den Iran haben die USA seit 20 Jahren ein Embargo erlassen, weil ein US-freundlicher Herrscher, der Folter-Schah Reza Palevi, vertrieben wurde und amerikanische Interessen und Kapital bedroht waren. Auch hier endete ein militärisches Abenteuer unter der Führung von Jimmy Carter im Fiasko.

1954 drohte in Guatemala unter der Führung von Jacob Arbenz eine Regierung die Privilegien des US-Kapitals anzutasten. Mit seiner Landreform stellte seine Regierung den Besitz der US-Firma United Fruit Company in Frage. Die USA organisierten mittels der CIA seinen blutigen Sturz.

1973 standen die Vereinigten Staaten hinter dem blutigen Putsch von General Pinochet gegen eine linke reformistische Regierung von Allende in Chile. Der Putsch kostete Tausende das Leben. Das Leben Tausender weiterer Menschen wurde physisch und psychisch durch Folterungen zerstört. Um sich nicht selber die Hände schmutzig zu machen, bildete die CIA erwiesenermaßen die chilenischen Folterknechte aus.

Auch die wechselnden türkischen Folter-Regierungen können sich nur mit der Unterstützung und Ausbildung der USA halten.

Besonders wichtig für die Herrschenden in den USA ist es natürlich, ihren ‚Hinterhof‘ sauber zu halten. Als Anfang der 90-er Jahre auf der kleinen Karibikinsel Grenada ein auf demokratischem Wege gewählter Stalinist die Macht übernahm, marschierten die Vereinigten Staaten dort ein und setzten ihnen hörige Leute an die Regierung. Für das heutige Gerede von den hohen Idealen der Demokratie und der westlichen Welt wurde kein Pfifferling gegeben. Gegen den ausdrücklichen Willen der Mehrheit der Leute auf Grenada zwangen die USA mit gezogener Knarre

den gewählten Präsidenten zu gehen.

Desweiteren unterstützten die Vereinigten Staaten die blutigen Machtübernahmen des Schahs von Persien in den 50-ern, den Putsch von Suharto in Indonesien 1965, und Joseph Mobutus Machtergreifung in Zaire im gleichen Jahr. Alle diese neuen Machthaber etablierten blutige Diktaturen über die Menschen in ihren Ländern und zweigten als Dank für die militärische und wirtschaftliche Hilfe einen Großteil der Profite in die USA ab.

Der Korea-Krieg in den 50-er Jahren hatte für das amerikanische und weltweite Kapital einen angenehmen Nebeneffekt. Dadurch, dass riesige Summen aus dem Investitionskreislauf herausgenommen und nicht mehr in neue Arbeitssparende Maschinen investiert wurden, wurde dem tendenziellen Fall der Profitrate für eine gewisse Zeit entgegengewirkt. Im Zentrum dieses Krieges stand die Abwehr der drohenden Gefahr, weitere Einflussphären an die UdSSR zu verlieren.

Vietnam

In Vietnam erlebte der Imperialismus der USA seine schwerste Niederlage. In einem jahrelangen Krieg der Supermacht gegen ein kleines Land starben 58.000 amerikanische Soldaten. Rund 2 Millionen Vietnamesen - Soldaten beider Seiten und Zivilisten - wurden getötet. Der Auslöser der Krieges war die Verjagung der französischen Kolonialmacht 1954 durch eine nationale Befreiungsarmee, die seit 1945 kämpfte. Im Norden des Landes wurde eine stalinistische Diktatur nach russischem Vorbild errichtet, der Süden wurde von einer Militärdiktatur regiert, die von den USA gestützt wurde.

Im Süden kämpften stalinistische Guerrillagruppen für einen Anschluss an den Norden. Die USA schickten immer mehr ihrer Truppen, um das Land und ihre Einflussphäre zu sichern: 1961 waren es 11.300 Soldaten auf vietnamesischem Boden, 1965 185.300 und 1968 waren es schon 536.000.

Der Vietnamkrieg kostete die Vereinigten Staaten nach Schätzungen rund 720 Mrd. US-Dollar. Eine Summe, die nicht investiert wurde, um irgendwelche westlichen Ideale zu verteidigen, sondern um Dollars und Einflussphären zu sichern.

Wohin der US-Imperialismus auch marschiert, er gibt sich nicht damit zufrieden, die Menschen eines Landes für seine Interessen zu benutzen, sondern zieht gleich die ganze Region in Chaos

und Krieg hinein. Im Fall von Vietnam waren es Laos und Kambodscha, in denen durch den Eingriff der USA brutale Kriege entzündet wurden. Das brutale Massenmord-Regime der Roten Khmer in Kambodscha war dann auch das Ergebnis der Brutalisierung der ganzen Region.

Afghanistan

Für die Herrschenden der USA gibt es nur ein Ziel: Sie müssen an der ersten Stelle des Imperialismus bleiben. Die Völker benutzen sie nur wie Schachfiguren auf einem Brett und hetzen sie je nach Interessenlage gegeneinander. Mit wem sie koalieren - mit den größten Unterdrückern oder Mördern - ist ihnen egal, solange sie das erste Schwein am Trog sind. So haben sie die Taliban in Afghanistan unterstützt, als diese ihnen versprachen, den Bau einer US-Ölpipe durch ihr Land zu gewähren. Aber nachdem diese sich gegen ihn gewandt haben, wurden andere Truppen unterstützt - in diesem Fall die Nordallianz -, die vorher als Feind galt. Wo der US-Imperialismus auch den Stiefel seiner Soldaten hinlenkt, herrscht nur Mord und Totschlag. Aus diesem Grunde ist unsere Hauptforderung der sofortige Rückzug der USA.

Die Niederlage in Vietnam war für den amerikanischen Imperialismus ein Trauma, was sie fast 20 Jahre lang behindern sollte. Spätestens seit dem Golfkrieg gegen den Irak ist dieses Trauma überwunden, und die USA sichern ihre Profite auf dem Weltmarkt wieder ganz aggressiv. Viele Kommentatoren schreiben über die Ereignisse um den 11. September und über den US-Krieg in Afghanistan, dass der Krieg von der Zivilisation gegen die Barbarei geführt wird. Dieser Zynismus ist nicht zu über-



Massakeropfer in Mylai, Vietnam

bieten; ist es doch so, dass die führenden Imperialisten viele Länder in der Knechtschaft und in Armut halten. Wehren sich diese Länder gegen ihre Unterdrückung, werden sie mit allen Mitteln terrorisiert.

Wir Sozialisten kämpfen dafür, den Imperialismus zu stürzen. Dabei ist es wichtig, den Imperialismus als Teil des kapitalistischen Systems zu begreifen. In der Vergangenheit haben sich Teile der Linken für den Sturz des US-Imperialismus eingesetzt, dabei aber jede Tat des UdSSR-Imperialismus gefeiert. Nun ist die Ära der bipolaren Welt, die gekennzeichnet war durch die Konkurrenz zwischen den USA und der UdSSR, seit mehr als zehn Jahren vorbei. In der heutigen (wieder) multipolaren Welt tummeln sich viele imperiali-

stische Staaten (z.B. die USA - als noch unangefochtene Nr. 1, die Europäische Union, China, Japan, Russland) und regionale subimperialistische Mächte (z.B. Australien, Israel, Saudi Arabien, Kanada) und verschiedene Anwärter auf einen solchen Posten.

Wir würden die Welt nicht verändern, würden wir nun den einen Imperialisten gegen den anderen unterstützen. Aber natürlich müssen wir in diesem schrecklichen Angriffskrieg der USA gegen Afghanistan den Chef-Imperialisten USA ins Zentrum unserer Mobilisierung stellen.

Stoppt diesen Angriffskrieg!

Nieder mit dem Imperialismus!

aboaboaboaboaboaboaboaboaboaboabo



KLASSENKAMPF Jahresabo (6 Ausgaben) - DM 20,- / 10,- E inkl. Porto

NAME _____

STRASSE _____

PLZ ORT _____

Tel. _____

Geld schicken an: N. Nelte, Nesselrode Str. 28, 50735 Köln
oder überweisen (Vermerk KK-Abo) auf Postgiroamt Hannover
(PGA), BLZ 250 100 30, Kto. Nr. 1409 93-301

Trotzkis Übergangsprogramm zur Gründung der VI. Internationale



★ Hans-Peter Jürgens

Nachdem Trotzki in seiner Schrift von 1936 *Die verratene Revolution* festgestellt hatte, dass in Russland unter Stalin eine neue - zumindest politische - Revolution notwendig ist, gründete er 1938 mit nur wenigen Intellektuellen die Vierte Internationale. Er rechnete damit, dass ein neuer - der Zweite - Weltkrieg kommen und nach seinem Ende weltweit revolutionäre Aufstände entflammen würden, woraufhin er entsprechende Übergangsforderungen entwickelte, die in revolutionären Zeiten von den Massen verstanden, aber vom Kapital nicht mehr erfüllt werden können. Die 4. Internationale beschreibt die Aufgaben der Gründungsresolution:

»Das zentrale Dokument der Konferenz, der von Trotzki verfasste Text **Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale**, knüpft an das programmatische Erbe der Bolschewiki an. Dieses **Übergangsprogramm** will ‚den Massen in ihren Tageskämpfen helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution. Diese Brücke sollte aus einem System von Übergangsforderungen bestehen, die ausgehen von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewusstsein breiter Schichten der Arbeiterklasse und unweigerlich zu ein und demselben Schluß führen: der Eroberung der Macht durch das Proletariat.‘ Das ‚Übergangsprogramm‘ ist der ‚klassische‘ Text der IV. Internationale, der auch 50 Jahre nach seinem Entstehen und trotz der wichtigen Veränderungen seither seinen methodischen Wert nicht verloren hat.«¹

Im Übergangsprogramm selber beschreibt Trotzki dessen Aufgaben:

»Nur ein allgemeiner revolutionärer Aufschwung des Proletariats kann eine vollständige Enteignung der Bourgeoisie auf die Tagesordnung setzen. Es ist die Aufgabe von Übergangsforderungen, das Proletariat auf die

Lösung dieses Problems vorzubereiten.«²

Und weiter:

»Die strategische Aufgabe der nächsten Periode - einer vorrevolutionären Periode der Agitation, Propaganda und Organisation - besteht darin, den Widerspruch zwischen der Reife der objektiven Bedingungen der Revolution und der Unreife des Proletariats und seiner Vorhut (Verwirrung und Entmutigung der älteren Generation, mangelnde Erfahrung der jüngeren) zu überwinden. Man muss den Massen in ihren Tageskämpfen helfen, die Brücke zu finden zwischen ihren aktuellen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution. Diese Brücke sollte aus einem System von Übergangsforderungen bestehen, die ausgehen von den heutigen Bedingungen und dem heutigen Bewusstsein breiter Schichten der Arbeiterklasse und unweigerlich zu ein und demselben Schluß führen: der Eroberung der Macht durch das Proletariat.«³

In der ‚Übergangsgesellschaft‘ entwickeln sich aus Streikkomitees die Arbeiterräte und Trotzki rechnete nach dem Krieg mit diesen.

»Sobald ein solches [Fabrik]-Komitee entsteht, ergibt sich in der Fabrik faktisch eine Situation der **Doppelherrschaft**. Ihrem Wesen nach verkörpert sie eine Übergangssituation, weil sie zwei unversöhnliche Herrschaftssysteme beinhaltet. Das kapitalistische und das proletarische. Die grundsätzliche Bedeutung der Fabrikkomitees besteht genau darin, eine vorrevolutionäre, wenn nicht gar unmittelbar revolutionäre Periode zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Herrschaft einzuleiten. Dass die Propaganda für die Fabrikkomitees weder verfrüht noch künstlich ist, bezeugen am deutlichsten die Wellen von Sitzstreiks, die sich in einer Reihe von Ländern ausgebreitet haben. Weitere derartige Bewegungen sind in naher Zukunft unvermeidbar. Es ist

notwendig, rechtzeitig eine Kampagne für Fabrikkomitees zu beginnen, um nicht unvorbereitet überrascht zu werden.«⁴

In der Tat gab es in Deutschland nach dem 2. Weltkrieg räteähnliche ‚Antifabrikkomitees‘. Nur, nicht bloß die amerikanische Besatzungsmacht hat diese verboten, sondern auch die DDR, womit die Arbeiter so geschwächt waren, dass sie sich sofort der starken imperialistischen Gewalt beugen mussten.

Dies bekam Trotzki allerdings nicht mehr mit, da er 1940 von einem stalinistischen Agenten ermordet wurde. Seine 1938 getroffene Einschätzung ging von anderen Umständen aus. Sie mutmaßte, dass die Machtfrage nach dem Zweiten Weltkrieg gestellt wird.

»Die Doppelherrschaft ist ihrerseits der Höhepunkt der Übergangsperiode. **Zwei Herrschaftsformen, die bürgerliche und die proletarische stehen einander unversöhnlich gegenüber.** Der Zusammenstoß zwischen beiden ist unvermeidlich. Von seinem Ausgang hängt das Los der Gesellschaft ab: im Fall einer Niederlage der Revolution die faschistische Diktatur der Bourgeoisie, im Falle ihres Sieges - die Rätemacht, d.h. die Diktatur des Proletariats und der sozialistische Neuaufbau der Gesellschaft.«⁵

Aber Trotzki machte seine Rechnung ohne die sozialdemokratischen und neu entstandenen stalinistischen Bürokraten. Stalin hat ihnen 1924 mit der Theorie vom ‚Aufbau des Sozialismus in einem Lande‘ ihr eigenes Interesse eröffnet und ihnen Selbstbewusstsein als Klasse gegeben, sie wurde eine Klasse ‚für sich‘. Sie haben, wie auch später, jede beginnenden Kämpfe der Arbeiter im eigenen Land unterdrückt und im Ausland verraten.

Durch die Unterschätzung der Verbürgerlichung der kommunistischen Parteien beinhaltet Trotzkis Analyse entsprechend eine totale Fehleinschätzung. Er sieht zwar die Bürokratie als ‚Hindernis‘, aber nicht soweit, dass sie

die ganze Weltarbeiterklasse für ein halbes Jahrhundert paralysieren kann. Selbst am Anfang des 21. Jahrhunderts haben die Wellen des Stalinismus sich immer noch nicht beruhigt, und stalinistische Politiker wie Che Guevara oder Milosovic werden immer noch für Sozialisten gehalten. Aber den Fehler Trotzki's, die Voraussage von baldigen revolutionären Zeiten, hat er gemein mit allen marxistischen Klassikern, von Marx bis Lenin:

»Ökonomie, Staat und Politik der Bourgeoisie sowie ihre internationalen Beziehungen sind völlig von einer sozialen Krise erfaßt, wie sie für vorrevolutionäre Situationen kennzeichnend ist. Das Haupthindernis für die Umwandlung der vorrevolutionären in eine revolutionäre Lage ist der opportunistische Charakter der proletarischen Führung, ihre kleinbürgerliche Feigheit gegenüber der Großbourgeoisie und ihre gemeine Kumpanei mit ihr, selbst noch in deren Todeskampf.

In allen Ländern ist das Proletariat von einer tiefen Unruhe erfaßt. Immer wieder schlagen Millionenmassen eine revolutionäre Richtung ein.«⁶

In der Realität aber geschah genau das Gegenteil. Weiter hinten sieht Trotzki selber die verräterische Funktion der Bürokratie:

»Der endgültige Übergang der Komintern auf die Seite der bürgerlichen Ordnung, ihre zynisch konterrevolutionäre Rolle in der ganzen Welt, insbesondere in Spanien, Frankreich, den Vereinigten Staaten und den anderen "demokratischen" Ländern - hat für das Weltproletariat außerordentliche zusätzliche Schwierigkeiten geschaffen. Unter dem Banner der Oktoberrevolution verurteilt die versöhnlerische ‚Volksfront‘-Politik die Arbeiterklasse zur Ohnmacht und bahnt dem Faschismus den Weg.«⁷

Anhand dieser Worte kann man nur zu dem Schluss kommen, dass der sonst so geniale Trotzki hier die Hoffnung zum Vater seiner Gedanken gemacht hat und deshalb für die notwendige Verankerung der Vierten Internationale die Zukunft in rosigen revolutionären Bildern malte, so dass der Nachfolger in der Vierten, James P. Cannon noch Monate nach dem Zweiten Weltkrieg sagte, dass er noch nicht zu Ende sei, nur damit Trotzki's Einschätzung noch stimmte.

Eine Internationale kann man aber nur

gründen, wenn man mindestens in einem oder zwei Ländern auch in der Arbeiterklasse verankert ist. Wir müssen unsere Theorien in der Praxis überprüfen, um ihre Machbarkeit testen zu können. Solange wir in der Arbeiterklasse nicht verankert sind, können wir keine Partei und erst recht keine Internationale mit international bindenden Beschlüssen gründen, die nirgendwo in der Praxis getestet wurden.

Statt auf den Prüfstein der Realität hat Trotzki gleich auf eine für ihn sicher bevorstehende Doppelherrschaft gesetzt und seine entsprechenden Forderungen gestellt, die besonders im Nachhinein für die damalige Zeit als Tagesforderungen nur als absurd bezeichnet werden können:

»Der Losung der Reformisten nach Besteuerung der Kriegsgewinne setzen wir die Losungen entgegen: Beschlagnahme der Kriegsgewinne und Enteignung der Rüstungsindustrie. Wo die Rüstungsindustrie - wie in Frankreich - bereits ‚nationalisiert‘ ist, behält die Losung der Arbeiterkontrolle ihre volle Geltung. Das Proletariat vertraut dem bürgerlichen Staat ebenso wenig wie dem einzelnen Kapitalisten.

Keinen Mann und keinen Groschen für die bürgerliche Regierung!

Kein Aufrüstungsprogramm, sondern ein Programm gemeinnütziger öffentlicher Arbeiten!

Vollkommene Unabhängigkeit der Arbeiterorganisationen von militärischer und polizeilicher Kontrolle!

Die Entscheidung über das Schicksal der Völker muss ein für allemal den Händen der raubgierigen und erbarmungslosen imperialistischen Cliques entrissen werden, die hinter dem Rücken der Völker ihre Pläne schmieden.

In Übereinstimmung damit fordern wir:

Vollständige Abschaffung der Geheimplomatie; alle Verträge und Abkommen müssen jedem Arbeiter und Bauern zugänglich sein.

Militärische Ausbildung und Bewaffnung der Arbeiter und Bauern unter der unmittelbaren Kontrolle von Arbeiter- und Bauernkomitees.

Schaffung von Militärschulen für die Ausbildung von Offizieren aus den Reihen der Werktätigen, die von den Arbeiterorganisationen gewählt werden. Ersetzung des stehenden Heeres durch eine untrennbar mit den

Betrieben, Bergwerken, Bauernhöfen usw. verbundene Volksmiliz.«⁸

Weitere Forderungen zum Übergangsprogramm finden sich im laufenden Text:

»Gleitende Lohnskala [mit der Preissteigerung wachsende Tarife] und gleitende Skala der Arbeitszeit Fabrikkomitees

Enteignung bestimmter Gruppen von Kapitalisten und der Privatbanken.«

Es ist hinreichend deutlich geworden, dass diese Forderungen nur durchgesetzt werden können, wenn die Arbeiter auch die Machtfrage stellen. Man sieht auch erschreckend klar, in welche Sackgasse so eine falsche Einschätzung führen kann. Nur aufgrund der Hoffnung auf den Aufschwung des Klassenkampfes wurde die Vierte Internationale am grünen Tisch gegründet. Nach dem Ausbleiben revolutionärer Zeiten überlebte auch nur ein klappriges Gerüst von ihr, ein paar kleine Sekten isoliert von der Arbeiterklasse, die nicht mehr in der Lage sind, das Erbe Trotzki's weiter zu entwickeln.

Als einziger Führer der Bolschewiki nach Lenins Tod hat er das System Stalins grundlegend kritisiert. Obwohl die Geschehnisse noch neu waren, hat er bereits geahnt, dass Moskau unter Stalin zum Kapitalismus übergeht und mahnte seine Anhänger, die Formel des ‚degenerierten Arbeiterstaates‘ weiter zu entwickeln:

»Seinem Wesen nach kann sich der Bonapartismus nicht lange halten: Eine Kugel, die man auf der Spitze der Pyramide legt, muß unweigerlich auf die eine oder die andere Seite herunterfallen.«⁹

und dann sagt er in der Verratenen Revolution:

»Die wissenschaftliche wie die politische Aufgabe besteht nicht darin, einen unvollendeten Prozess mit einer vollendeten Definition zu versehen, sondern darin, ihn in seinen Etappen zu verfolgen ... und in dieser Voraussicht eine Stütze für das Handeln zu finden«¹⁰

Entsprechend dieser Einsicht fiel auch seine Analyse Moskaus vorsichtig aus; über die internationale Situation der ehemaligen Kommunistischen Parteien urteilte er sogar, dass sie bürgerlich, ja sogar konterrevolutionär geworden sind:

»Die Linke Opposition ist im Jahre 1923, vor zehn Jahren, im Lande der Oktoberrevolution, in der regierenden

Partei des ersten Arbeiterstaates entstanden. Die Verzögerung in der Entwicklung der Oktoberrevolution hatte zwangsweise eine politische Reaktion im Lande der Oktoberrevolution hervorgerufen. Die vollendete Konterrevolution bedeutet die Ablösung der Herrschaft einer Klasse durch die einer anderen, die Reaktion beginnt und entwickelt sich noch unter der Herrschaft der revolutionären Klasse. Als Träger der Reaktion gegen den Oktober trat das Kleinbürgertum, hauptsächlich die Spitzen der Bauernschaft, auf. Ihr Sprecher wurde die dem Kleinbürgertum nahestehende Bürokratie. Gestützt auf den Druck der kleinbürgerlichen Massen gewann sie sehr weitgehende Unabhängigkeit vom Proletariat.«¹¹

Trotsky sieht hier bereits, dass eine herrschende Klasse entstehen wird, zwar noch gestützt von der Bauernschaft, aber immerhin eine herrschende Klasse. Dass historisch eine ganz neue Klasse mit der Bürokratie entstanden ist, konnte man 1938 noch kaum absehen.

Die Nachfolger

Das gilt aber nicht für Troztkis Nachfolger. Weil sie eben nicht verankert waren, ihre Theorien in der Praxis nicht überprüfen konnten und trotzdem weltweit bindende Beschlüsse fällten, entwickelten sie das theoretische Gebäude des Marxismus nicht weiter - keine Arbeiterbasis drängte sie nach vorne.

Nicht nur, dass sie im Gegensatz zu Trotsky die weltweiten KPs als revolutionär einschätzten, sondern auch ihre Texte zu Moskau triefen vor Lob. Erst einige Beispiele zur internationalen Lage:

»Die fortschrittliche Entwicklung in Jugoslawien hat jedoch sehr stark auf die Arbeiterstaaten eingewirkt und besonders die Wiederbelebung der Arbeiterräte - so begrenzt sie auch mangels politischer Macht sein mag - war fähig, Polen und Ungarn zu beeinflussen.«¹²

»Man kann nicht ernsthaft behaupten, dass in jedem Land der Welt der Sieg der Revolution immer nur unter einer revolutionär-marxistischen Führung stattfinden kann. Hier und da können sich wie in Kuba, Grenada oder Nicaragua revolutionäre Kräfte aus einem im wesentlichen nationalen oder ‚regionalen‘ Differenzierungs-

prozess entwickeln und diese Beispiele wiederholen. Um diese Möglichkeit zu beurteilen, darf man nicht von dogmatischen und vorgefassten Meinungen ausgehen, weder in ‚negativer‘ noch in ‚positiver‘ Hinsicht, sondern man muss an Ort und Stelle konkret die Möglichkeiten, die Aktivitäten und die Dynamik der jeweiligen revolutionären Organisation (z.B. in El Salvador, Guatemala oder auf den Philippinen) untersuchen. Die Antwort steht niemals im voraus fest. Sie hängt von der konkreten Praxis der fraglichen Organisation auf lange Sicht ab.«¹³

»Alle siegreichen Revolutionen nach 1917, einschließlich der Errichtung von Arbeiterstaaten durch revolutionäre Erhebungen in Jugoslawien, China, Vietnam und Kuba, fanden so in relativ zurückgebliebenen Ländern statt, ohne die Perspektive eines unmittelbaren revolutionären Sieges in den imperialistischen Ländern.«¹⁴

Ein Land musste demnach diktatorisch und sehr verbrecherisch sein und seine Arbeiteraktivisten ins Gefängnis werfen, damit Troztkis Epigonen sie als ‚fortschrittlich‘ ansehen.

‚Fortschrittlich‘ in diesem Sinne ist überhaupt ein Begriff des Stalinismus. Für uns Marxisten gibt es diesseits der Revolution keinen Fortschritt. Ein Land kann höchstens ‚vorangeschritten‘ sein - ein von Lenin benutzter Begriff, und ihn gebrauchte er für Staaten mit vorangeschrittener Produktivkraftentwicklung. Demnach sind USA, Europa und Japan vorangeschritten, nicht Vietnam und China. China hat erst knapp die Phase

der ‚ursprünglichen Akkumulation‘ hinter sich, Vietnam noch nicht mal.

Kuba hat die Mitglieder der Vierten Internationale ins Gefängnis geworfen. Aus Dankbarkeit bezeichneten die Trotzlisten die unterdrückende Partei als ‚revolutionäre Organisation‘, ohne die Bezeichnung ‚national‘ dazu zu setzen. Dadurch denkt jeder bei der bloßen Bezeichnung ‚revolutionär‘ an sozialistisch und fühlt sich auch bestätigt, weil dann gleich der Begriff ‚Arbeiterstaat‘ nachgeschoben wird.

Nur eine Abspaltung der Vierten Internationale, der Bund sozialistischer Arbeiter (BSA), hält Kuba nicht für einen degenerierten Arbeiterstaat. Aber dann kann sie nicht erklären, warum Russland unter Stalin und seinen Nachfolger ein degenerierter Arbeiterstaat war, wo doch Kuba ein genaues Abbild der UdSSR ist.

Die Feststellung der Vierten, dass auch Nichtmarxisten den ‚Sieg der Revolution‘ herbeiführen können, ist ein Widerspruch zu Marx’ Feststellung ‚Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein‘. Aber die orthodoxen Trotzlisten wollen uns weis machen, dass die Bürokratie den Arbeitern das Bett aufwärmen kann, und die Kollegen brauchen sich nur hinein zu legen.

Marx wies aber ganz deutlich darauf hin, dass nur die Arbeiter selbst sich befreien können. Auch ein Arbeiterstaat muss schon anfangen, die Produktion weltweit mit den anderen Arbeiterstaaten soweit wie möglich solidarisch geplant zu organisieren, um die Konkur-



Die Troztkistische Liga Deutschland (heute Spartacist) verteidigt den Oberverbrecher Mielke (Stasi-Chef) - Ekelhaft.

renzproduktion, die die Ursache der Kriege und des Hungers in der Welt ist, zurückzudrängen. Das können nur die Arbeiter, denn sie müssen darunter leiden, wenn die Fließbänder wegen des Weltmarktes schneller gestellt werden oder sie auf die Straße gesetzt werden. Dem Bürokraten ist da *sein* Hemd näher.

Aber die Notwendigkeit einer weltweit solidarischen und planvollen Produktion kann der Arbeiter nur in einem emanzipierten Kampf erkennen. Erst wenn er sich in seinen Kämpfen für Lohn und seinen Arbeitsplatz emanzipiert, wird er die ‚nationalsozialistischen‘ Bürokratenparasiten erkennen und gegen sie stimmen. Der Sozialismus muss durch die Köpfe der Arbeiter selbst laufen, da muss der Marxist ‚dogmatisch‘ bleiben, wie die Vierte sich ausdrückt.

Trotzki hatte darauf hingewiesen, dass die Bürokratie sich zu einer herrschenden Klasse entwickeln wird. Nach der marxistischen Staatstheorie nun können die Arbeiter nicht den Staatsapparat mit seinen Sozialstrukturen einer anderen Klasse übernehmen, sondern müssen ihn zerschlagen. Warum sollten sie auch die bürokratische Staatsgewerkschaft oder den bürokratischen Plan übernehmen, der gegen die Konsuminteressen der Arbeiter gerichtet war. Ergo muss der Staat der Bürokraten zerschlagen werden, die Arbeiter können ihn nicht übernehmen. Es langt nicht nur eine politische Revolution, in den staatskapitalistischen Ländern benötigt man neben der politischen auch eine soziale Revolution.

In ihren Texten über Moskau lobt die Vierte die ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten der Ein-Parteien-Diktatur, obwohl doch der sonst weitsichtige Trotzki wegen der Qualitätsmängel bereits ihr Ende angedeutet hatte:

»Aber je weiter die Entwicklung voranschreitet, um so mehr wird sich in der Wirtschaft das Problem der Qualität stellen, das der Bürokratie wie ein Schatten entgleitet. Die Sowjetproduktion scheint geprägt vom grauen Stempel der Indifferenz. In einer nationalisierten Wirtschaft sind die Demokratie des Produzenten und Konsumenten, Kritik- und Initiativfreiheit, d.h. Bedingungen, die mit einem totalitären Regime der Angst, der Lüge und der Kriecherei unvereinbar sind, die Voraussetzung für Qualität.«¹⁵

Und genau das hat sich bewahrheitet.

Am Ende der DDR betrug ihr Ausschuss 50%. Das bedeutet das Ende jeder Gesellschaftsform, noch dazu wurden die staatskapitalistischen Länder totgerüstet. Aber die orthodox-trotzkistischen Gesänge triefen vor Lob:

»Selbst ohne die Wiederherstellung der proletarischen Demokratie übt die Sowjetunion schon eine ungeheure Anziehungskraft auf die Massen der Kolonialländer aus und sei es nur durch die Tatsache, dass die Sowjetunion die Möglichkeit bewiesen hat, dass die Wirtschaft und der Lebensstandard eines rückständigen Landes innerhalb von weniger als einem halben Jahrhundert auf das Niveau eines fortschrittlichen Industriestaates gebracht werden können.«¹⁶

Wir Marxisten weisen darauf hin, dass die Stalinisten das ‚sozialistische Vokabular‘ nur benutzen, um die Massen für die Interessen der Bürokratie einzuspannen. Und was machen die orthodoxen Trotzkiisten daraus? Eine perfide Lobeshymne.

»Wie wir schon festgestellt haben, hat der ständige kulturelle und wirtschaftliche Aufstieg der Arbeiterstaaten das Vertrauen der Kolonialmassen in einen ‚kapitalistischen Weg‘ zur Lösung des Problems der Rückständigkeit unterhöhlt und hat ihr Vertrauen in die sozialistische Lösung des Problems gestärkt. Der wirtschaftliche Fortschritt, besonders der der Sowjetunion, der das Gewicht der Arbeiterstaaten in der Weltwirtschaft erhöht, befähigt sie, das imperialistische Monopol für den Kauf von Rohstoffen in zahlreichen zurückgebliebenen Ländern zu durchbrechen und versetzt sie in die Lage, eine andere und attraktivere Auswahl als die drückenden Zuteilungen an Ausrüstungsgütern und Entwicklungsprojekten des Imperialismus anzubieten. Der technische und wirtschaftliche Fortschritt der Arbeiterstaaten begünstigt objektiv die Kolonialrevolution und die Tendenz, mit dem kapitalistischen Weltmarkt bei den Geburtswehen dieser Revolution zu brechen. Das kubanische Beispiel hat dies sehr klar gezeigt. Es ist offensichtlich, dass die plötzliche Blockade und der Versuch, Kuba auf die Knie zu zwingen, als Washington sich weigerte, länger kubanischen Zucker zu kaufen, viel wirkungsvoller gewesen wäre,

wenn die UdSSR und China nicht in der Lage gewesen wären, ersatzweise als Kunden einzuspringen.«¹⁷

»Wenn die Modernisierung und Industrialisierung der UdSSR spektakuläre Ergebnisse gebracht hat, so wurde der Fortschritt beim Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft im allgemeinen gebremst und umgekehrt.«¹⁸

Man kann die Trotzkiisten kaum mehr von den Stalinisten unterscheiden und wenn man dem Arbeiter erzählt, dass sie sich bitte schön von der Bürokratie ausbeuten lassen anstatt vom Privatkapital, dann werden sie uns zu recht den Vogel zeigen. Ergebnis ist, dass beide deutschen Vertreter der Vierten Internationale zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpft sind - die gross angekündigte Vereinigte Sozialistische Partei (VSP)¹⁹ auf bundesweit nur noch 10 Aktivisten, und der Revolutionäre Bund (RB) bringt es auch kaum auf mehr.

Die emanzipierten Arbeiter werden diesen Leuten natürlich nicht die Führung in ihren Kämpfen geben. Aber auch wenn man sich vorstellt, dass sie durch ein Versehen an die Arbeiterregierung kommen würden, werden sie natürlich auch die von ihnen so hoch gelobten Bürokraten in die Führung nehmen (sie hatten sich ja bereits mit ihnen zusammengesgeschlossen). Und schon hätten wir wieder den ‚Nationalkommunismus‘, wie Trotzki die Theorie vom ‚Aufbau des Sozialismus in einem Lande‘ genannt hat, mit dem wir auch wieder den Kapitalismus durch die Hintertür eingeführt hätten.

Aber nicht nur die orthodoxen Trotzkiisten haben sich durch ihren Realitätsverlust von jedem Lernprozess entfernt.

Die unorthodoxen Trotzkiisten

Jetzt erleben wir das gleiche auch bei den unorthodoxen Trotzkiisten. Hier war die Klarheit der Theorie immer die wichtigste Sache. In den 90-er Jahren aber schwenkte die britische Socialist Workers Party (SWP) plötzlich um und machte die Türen weit auf für neue Mitglieder, weil sie die Arbeiterbewegung vor großen Aktionen sah. Trotzki's Übergangsprogramm sollte nun auch aktuell sein. Kurz vor seinem Tode, 1999, schrieb der Gründer der SWP, Tony Cliff:

»Der Kapitalismus in den entwickelten Ländern breitet sich nicht mehr aus

und so passen die Worte des Übergangsprogramms von 1938 wieder zur Wirklichkeit, in der von systematischen Sozialreformen oder von einer Hebung des Lebensstandards der Massen überhaupt keine Rede mehr sein kann. **Die klassische Theorie der permanenten Revolution, wie sie von Trotzki entwickelt wurde, steht wieder auf der Tagesordnung, wie die indonesische Revolution von 1998 zeigt.**²⁰

Sicher stimmt es, dass es Sozialreformen oder eine Hebung des Lebensstandards nicht mehr gibt. Dennoch stehen die Revolutionsfragen oder Fragen des Übergangsprogrammes nicht auf der Tagesordnung. Noch halten die Arbeiter still und es scheint, dass dies noch einige Zeit anhalten wird. Hier war auch, wie 1938 bei Trotzi, die Hoffnung der Vater des Gedankens.

Ergebnis dieser Fehleinschätzung ist, dass die marxistische authentische Tradition zu verschütten droht. Die deutsche Sektion der SWP, Linksruck, ist zwar mit 1.200 Mitgliedern eine für unsere Verhältnisse große Gruppe, sie wissen aber nichts mehr vom Marxismus und empfehlen die Wahl der PDS, nicht aus taktischen Gründen, sondern weil sie ein kleineres Übel als die anderen Parteien sei.

Die Parteitüren sind eben zu einem falschen Zeitpunkt weit geöffnet worden. In Übergangszeiten ist das ein Gebot der Stunde. Die Massen und damit auch die unerfahrenen Parteimitglieder drängen dann nach links. Heute aber drängen alle nach rechts und das hat sich auch nach 10 Jahren Linksruck nicht geändert. Sie sind als Organisation genau wie die orthodoxen Trotzlisten für die Revolution verloren und allenfalls noch fähig, gegen die Nazis oder den Krieg zu kämpfen, aber nicht mehr für den Sozialismus.

Die SWP selbst diskutiert inzwischen ein Zusammengehen mit den Mandel-Trotzkisten. Ihre eigene Staatskapitalismus-Theorie scheint ihnen nicht mehr so wichtig zu sein. Sie hat heute keine Aktualität mehr, scheinen sie zu denken - Quantität vor Qualität.

Die Staatskapitalismus-Theorie ist aber nach wie vor aktuell.²¹ Es wird bei jeder Revolution Bürokratenköpfe geben, die sich unabhängig von der internationalen Arbeiterbewegung machen wollen und deshalb einen nationalen Weg des Sozialismus einschlagen werden. Da gilt es für die Partei, wachsam zu sein und ein klares theoretisches

Wissen zu haben, um den Weg zu kennen, den man einschlagen muss und vor was man Acht geben sollte, sonst wird man sein Ziel nicht erreichen.

Dieses Wissen wird jetzt bei Linksruck verschüttet, und man hält sich an der Hoffnung fest, dass jetzt schnell die revolutionären Zeiten kommen, sonst landet man durch seine Theoriegleichgültigkeit und dem Opportunismus ganz schnell bei den Reformisten.

Wollen wir aber das Reich der Vernunft erreichen, dann müssen wir an der Tradition von Marx, Engels, Luxemburg, Lenin und Trotzki festhalten.

Ihre Theorien müssen wieder neu erarbeitet werden. Diese Aufgabe haben sich die Internationalen Sozialisten und befreundete Gruppen in den USA, Australien und Griechenland vorgenommen.

Fußnoten

- 1 Alles, Wolfgang (Hg.), *Die kommunistische Alternative: Texte der Linken Opposition und IV. Internationale 1932-1985*, Frankfurt a.M. 1985, S. 60
- 2 Trotzki, Leo, *Das Übergangsprogramm: Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der IV. Internationale* (1938), in: Alles, Wolfgang (Hg.), *Die kommunistische Alternative*, a.a.O., S. 72
- 3 Ebd., S. 64
- 4 Ebd., S. 69
- 5 Ebd., S. 85
- 6 Ebd., S. 62
- 7 Ebd., S. 64
Wenn die 4. Internationale diesen Satz ernst genommen hätte, dann hätte sie nicht im Rahmen des Ostblocks von Arbeiterstaaten reden dürfen, da deren Führung ja „auf die Seite der bürgerlichen Ordnung“ übergegangen ist und sie „ihre zynisch konterrevolutionäre Rolle in der ganzen Welt“ spielt. Aber spätestens dann müsste auch ins Auge fallen, dass die neuen Staaten ein genaues Abbild von Moskau sind, nämlich eine Einparteiendiktatur. Also ist Russland selbst zur „bürgerlichen Ordnung“ übergegangen.
- 8 Ebd., S. 80
- 9 Trotzki, Leo, *Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus*, in: ders., *Schriften*, Band 1.1, Hamburg 1988, S. 607
- 10 Trotzki, Leo, *Verratene Revolution*, in: ders., *Schriften*, Band 1.2, Hamburg 1988, S. 958
- 11 Trotzki, Leo, *Die internationale Linksopposition: Ihre Aufgaben und Methoden [Zur bevorstehenden internationalen Konferenz]* (1932), in: Alles,

- a.a.O., S. 48
- 12 4. Internationale, *Die Dialektik der Weltrevolution* (1963), in: Alles, a.a.O., S. 117
- 13 Mandel, Ernest, *Einleitung* [zum Übergangsprogramm], in: Alles, a.a.O., S. 30
- 14 4. Internationale, *Die Dialektik der Weltrevolution* (1963), in: Alles, a.a.O., S. 105
- 15 Trotzki, Leo, *Verratene Revolution*, in: ders., *Schriften*, Band 1.2, Hamburg 1988, S. 976
In der Fußnote steht: „Rabinowitz (*Arbeitszeit- und Arbeitslohnpolitik*, S. 82) schreibt, das Akkordlohnsystem habe zwar eine mengenmäßige Steigerung der Produktion ermöglicht, gleichzeitig sei aber ‚die Qualität des Produkts in beängstigender Form zurückgegangen‘. In einem *Prawda*-Artikel vom 21.5.1931 hieß es bei spielsweise über die Produktion eines sowjetischen Musterbetriebs: ‚Leider läßt die Qualität der Stalingrader Traktoren zu wünschen übrig. Vor uns liegen zwei große Aktenstücke. Diese Aktenstücke sind Anklageschriften gegen die Metallarbeiter der Stalingrader Traktorenwerke.‘
Anschließend wurden eine Vielzahl von technischen Mängeln (lockere Schrauben und Nieten, undichte Kühler, Ventildfederbrüche, fehlendes Zubehör usw.) festgestellt. (Der *Prawda*-Bericht wurde in dem Artikel *Stalingrader Traktoren arbeiten: Und die Abnehmer stöhnen*, in: *RSD: Mitteilungsblatt der russischen Sozial-Demokratie*, Nr. 22, 4.6.1931, zitiert).“
- 16 4. Internationale, *Die Dialektik der Weltrevolution* (1963), in: Alles, a.a.O., S. 122
- 17 Ebd., S. 123
- 18 Mandel, Ernest, *Einleitung* [zum Übergangsprogramm], in: Alles, a.a.O., S. 12
- 19 Die VSP ist ein Zusammenschluss der trotzkistischen GIM (Mandel-Linie) und der mao-stalinistischen KPD. Hier hatten die Trotzlisten bereits gezeigt, dass ihnen der Trennungsstrich zwischen internationalem Sozialismus und ‚Nationalkommunismus‘ nicht mehr so wichtig ist.
- 20 Cliff, Tony, *Die Ursprünge der Internationalen Sozialisten*, Frankfurt a.M. 1999, S. 91
- 21 Siehe Nelte Norbert, *Zur Aktualität der Staatskapitalismus-Theorie*, in: *Linke Opposition*, Nr. 5 (1993)

Einführung in die bürgerliche Ökonomie:

Die bürgerlichen Ökonomen Keynes und Friedman

★ David Schuster

Debatte

Seit einiger Zeit herrscht in der gesellschaftlichen Diskussion und auch innerhalb der Regierung eine Debatte über die weitere wirtschaftliche Strategie. Im Zentrum der Debatte steht eine stärkere private Übernahme von wirtschaftlichen Risiken. Vor kurzem ist wieder der parteilose Wirtschaftsminister Müller vorgeprescht und hat verlangt, mehr marktwirtschaftliche Konkurrenz und mehr private Initiative im Gesundheitswesen bzw. bei der Krankenvorsorge zuzulassen.

Dieser Streit gründet sich auf einen Streit zwischen zwei bürgerlichen ökonomischen Ansichtsweisen.

Eines haben Beide gemeinsam: Sie versuchen *innerhalb* des kapitalistischen Systems die Krisenhaftigkeit des Systems zu überwinden. Sie suchen also Beide die Quadratur des Kreisens. Denn das System hat nicht kleine Fehler, die bei vorsichtiger Planung und Steuerung ausbalanciert werden können, das System ist der Fehler.

John Maynard Keynes (1883-1946)

Am Anfang des letzten Jahrhunderts herrschte eine große Euphorie über die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die der Kapitalismus den Menschen und der Gesellschaft bietet. Es war die Zeit der ersten Fließbänder bei Ford und der ersten Massenproduktion von Konsumgütern.

Aber am Ende der 20-er Jahre holte die Krise diese Euphorie auf den Boden der



John Maynard Keynes

Tatsachen zurück. Eine gewaltige Wirtschaftskrise mit Börsencrash, schlagartig sinkender Produktion und einer schnellen weltweiten Ausdehnung sorgte für eine noch nie dagewesene Massenarbeitslosigkeit und Verelendung.

Die klassische bürgerliche Ökonomie, die im wesentlichen von den englischen Wirtschaftswissenschaftlern Adam Smith und David Ricardo beeinflusst war, hatte das Hauptgewicht ihrer Studien auf die sogenannte micro-ökonomische Seite der Wirtschaft gelegt, d.h. konzentrierte sich auf den einzelnen isolierten Betrieb und dessen Ablauf.

Der Kapitalismus war schon von Anfang an ein sehr krisenhaftes System, was Smith und Ricardo nicht verborgen geblieben war. Ihre Antwort auf die

Krisen ihrer Zeit war, der Markt werde die Krisen ausgleichen. Gab es eine Krise mit Absatzproblemen und Arbeitslosigkeit, würden die natürlichen Heilungskräfte des Marktes die Probleme lösen. Die Waren würden so lange in ihrem Preis sinken, bis sich wieder Käufer fänden. Auch die ‚Ware‘ Arbeit wird so lange an Wert verlieren, bis sich wieder jemand findet, Arbeitskraft zu kaufen, also die Arbeiter wieder einzustellen. Das nannten sie den „real balance effect“, die „tatsächliche Ausgleichswirkung“.

Unter dem Eindruck der großen Depression Ende der 20-er Jahre und der riesigen Arbeitslosigkeit stellte Keynes - ein Wirtschaftsprofessor - diese alte Ansicht in Frage. Wohlgermerkt, er tat das nicht, um das System abzuschaffen, sondern um es am Laufen zu halten.

Sein Ausgangspunkt ist die Arbeitslosigkeit, die mit den Wirtschaftskrisen auftaucht bzw. zunimmt. Von dieser Arbeitslosigkeit und der damit einhergehenden Armut war Keynes sehr betroffen. Er sagte, dass die anwachsende Zahl von Arbeitslosen in jeder Krise dafür sorgt, dass noch weniger nachgefragt wird, weil die Arbeiter weniger Geld haben um zu konsumieren. Die Folge davon ist, dass die Krise weiter um sich greift und sich vertieft. Es wird immer weniger nachgefragt, bis sich dieser „real balance effect“ einstellt. Bei der hohen Massenarbeitslosigkeit in den 30-er Jahren sah er aber, dass das bis zum St. Nimmerleinstag dauern würde, wenn es überhaupt noch funktionierte.

Keynes Schlussfolgerung war, dass der Staat einspringen muss, um die Nachfrage aufrecht zu erhalten. In Krisenzeiten sollte der Staat mehr nachfragen bzw. Aufträge vergeben (etwa Straßen, Brücken etc. bauen), um den Leuten eine Arbeitsstelle zu geben und damit wieder Geld in die Volkswirtschaft zu bringen. In Aufschwungphasen sollte der Staat so wenig wie möglich nachfragen.

Die Kosten, die dem Staat dafür entstehen würden, müsste laut Keynes durch Steuererhöhungen und/ oder größere Staatsverschuldung getragen werden. Die Steuerpolitik leitet also Konjunkturprogramme. Aus diesem Grunde nennt man diese Politik Fiskal - also Steuerpolitik.

Die Geldpolitik wird somit ganz vor den Karren der Konjunktur gespannt. Wenn der amerikanische Notenbankchef Alan Greenspan die Zinsen senkt oder erhöht, spricht er das auch ziemlich offen aus. Etwa: „Um die amerikanische Konjunktur in Schwung zu halten, haben wir uns entschieden, die Zinsen um soundsoviel Prozentpunkte zu senken.“ Die Aufgabe der Währungshüter ist es laut Keynes, die Zinsen so niedrig wie möglich zu halten, damit es einen Anreiz gibt zu investieren.

Klar, wenn die Bank 15% Zinsen auf geliehenes Geld haben will, überlegt man es sich 10 mal, ein neues Auto auf Pump zu kaufen. Wenn sie nur 2% Zinsen haben will, dann fällt das nicht so schwer. Bei den Kapitalisten ist das ähnlich.

Was hat es mit dieser Geldmenge auf sich?

Das Idealbild der kapitalistischen Ökonomie ist, dass so viel Geld in einer Volkswirtschaft existiert, wie es auch tatsächliche Werte an Maschinen, Produktionsstätten und Konsumgüter gibt.

Eine Fabrik hat den Wert von - sagen wir mal - 1 Mio. Mark. Erhöht man die Geldmenge in einer Volkswirtschaft dadurch, dass der Staat Geld in die Wirtschaft pumpt (beispielsweise durch Verschuldung oder Anleihen), dann ist das Geld, das ja nur eine ideelle Summe ist, weniger wert als vorher. Der Wert der Fabrik steigt zwar nicht, aber sie kostet jetzt vielleicht 1,2 Mio. Mark. Hier redet man von einer Inflation.

Das Problem dabei ist das folgende:

Ein Arbeiter hat von seinem Lohn im Jahr vielleicht 10.000 Mark für Essen und Klamotten übrig, muss damit genug Sprit tanken um zur Arbeit zu fahren und kann sich dann sogar noch einmal im Jahr einen zweiwöchigen Urlaub auf Mallorca leisten.

Wenn sein Geld aber - wie bei der Fabrik - weniger wert ist, muss er den Mallorcaurlaub streichen, oder er kauft nur noch Billigwaren.

Neckermann, TUI und andere Firmen aus dem Konsumsektor bekommen Probleme ihre Produkte zu verkaufen. Sie müssen eventuell Arbeiter entlassen, die dann mit ihrem Arbeitslosengeld noch weniger konsumieren können. Die Krise nimmt auf diese Weise ihren Lauf.



Milton Friedman

Das ist die Gefahr bei einer solchen Politik.

Auch Keynes konnte mit seinen Ideen das kapitalistische System also nicht stabilisieren.

Trotzdem waren die Ideen von Keynes nach dem zweiten Weltkrieg überall auf der Welt bei den Regierungen sehr beliebt. Angeregt durch den Koreakrieg Anfang der 50-er Jahre gab es (durch die erhöhte Nachfrage an Rüstungsgütern und der damit verbundenen Förderung der Schwerindustrie) auch weltweit einen starken Aufschwung. Doch seit Mitte der 70-er Jahre, als die Wirtschaftskrise sich wieder voll durchsetzte, konnten sich seine Ideen in der Praxis nicht bewähren. Sie sind wie ein löchriger Regenschirm.

Wenn es wirklich regnet, taugt er nichts.

Die zunehmende Krise des wirtschaftlichen Systems hat sich bis heute verschärft. Die große Krise seit Mitte der 70-er wird abgelöst von immer kürzeren und kleineren Mini-Aufschwüngen; der letzte kleine, aber euphorisch gefeierte Aufschwung war inspiriert durch Hoffnungen auf die neuen Technologien, hat aber in den letzten Monaten eine massive Bruchlandung erlebt.

Milton Friedman

Seit Mitte der 70-er Jahre, als die Krise wieder zum Durchbruch kam, sind die Ideen eines anderen bürgerlichen Ökonomen am Zuge, die Milton Friedmans.

Er setzte auf ein ganz anderes Konzept als Keynes, das aber im Prinzip nichts als der alte Hut der klassischen bürgerlichen Ökonomie ist: Der Markt werde sich selbst heilen. Man nennt seine Ideen deshalb auch neoklassische Ökonomie.

Der Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist nicht, wie bei Keynes, die Arbeitslosigkeit, sondern die vorhandene Geldmenge in einer Volkswirtschaft; aus diesem Grund nennt man diese Politik Monetarismus, vom englischen Wort money für Geld.

Für ihn sind in der Hauptsache die Arbeiter mit ihren Ansprüchen und Forderungen die Buhmänner, die mit ihren ständigen Lohnerhöhungen die Geldmenge einer Volkswirtschaft und damit die Inflation in die Höhe treiben - und natürlich Regierungen, die eine solche Politik mitmachen.

Friedman lehnt staatliche Maßnahmen zur Leitung der Konjunktur strikt ab. Um eine Inflation zu vermeiden soll laut Friedman die einzige Kontrollfunktion des Staates die der Geldmenge in einer Volkswirtschaft sein, so dass immer so viel Geld im Umlauf ist, wie an tatsächlichen Werte vorhanden ist.

So argumentiert Wim Deussenberg, der EU-Zentralbankchef im Gegensatz zu Alan Greenspan immer, wenn er die Zinssätze verändert, dass das nichts mit einer Einflussnahme auf die Konjunktur zu tun habe, sondern nur eine Geldmengenanpassung ist.

Staatliche Eingriffe lehnt Friedman aus dem Grund ab, weil sie verdeckte Steuern sind oder eine höhere Staatsverschuldung bedeuten, und diese später als Steuern wieder reingeholt wer-

den müssen. Dies verschreckt natürlich die armen Bosse, wenn sie meinen, Geld verdienen zu können, das ihnen später wieder abgenommen wird. Das ist ein zentraler Grund für Friedman, weshalb Krisen sich verschärfen.

Sein Stichwort für weniger Steuern und den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft heisst Deregulierung: Steuern sollten am besten auf eine Einheitssteuer von etwa 20% reduziert werden. Betriebe sollen gar keine Steuern mehr bezahlen, sondern nur noch Privatleute.

Aber die Deregulierung geht noch viel weiter: Es soll keine Subventionen des Staates für Bauern oder für marode Betriebe (wie etwa bei der Rettungsaktion von Kanzler Schröder für den schwer angeschlagenen Baukonzern Holzmann) mehr geben, für sozialen Wohnungsbau (höchstens als gewinnbringende Investition des Staates) und ähnliches mehr. Eine weitere wichtige Forderung von Friedman war, dass die Rentenversicherer für die Arbeiter privatisiert wird, eine Forderung, die sich jetzt auch in der BRD durchgesetzt hat.

Friedman, der für seine uralten Ideen sogar den Wirtschaftsnobelpreis erhalten hat, sagt selbst über seine Ideen, dass sie die Ideen einer Konterrevolution sind. Für den Ökonomen, der am Anfang der 80-er Jahre einflussreiche Anhänger wie den damaligen US-Präsidenten Reagan, die britische Premierministerin Thatcher und den Diktator Pinochet in Chile hatte, hat der Staat in der Wirtschaftspolitik nichts zu suchen. Es gibt nur drei Ausnahmen, die der Staat regeln muss: er soll die Geldmenge kontrollieren, das Land verteidigen und die Ärmsten der Armen füttern. Aber wie? Mit Friedmans sozialem Deckmäntelchen - Negativbesteuerung. Bekommt ein Arbeiter weniger als das Existenzminimum, soll das Finanzamt ihm Steuern ausbezahlen.

Aus allem anderen müsse sich der Staat raushalten. Alle Prüfungen, Lizenzen, Gebühren, Genehmigungen, wie Führerscheine, Ärzte- und Professorentitel, Lizenzen für den Umgang mit gefährlichen Gütern oder Prüfungen zum Betriebswirt sollen alle wegfallen. Das ist sogar in der kapitalistischen Logik bescheuert.

Friedman hat geschrieben, dass die Ökonomie für ihn ein Mittel zum Zweck ist und dieser Zweck Freiheit heißt:

»Wäre die freie Marktwirtschaft nicht das effizienteste System, ich wollte es trotzdem - wegen der Werte die sie repräsentiert: Wahlfreiheit, Herausforderung, Risiko.«

Keynes kann man vielleicht als den Don Quichotte unter den beiden klassifizieren, also als eine traurige Gestalt, die gegen die Windmühlen der kapitalistischen Krise ankämpft. Friedman ist eher der Rambo unter den beiden, der alles niederballert, was ihm oder dem Kapitalismus irgendwie in die Quere kommt.

Tatsächlich verhält es sich so, dass es nicht möglich ist, den Kapitalismus unter Kontrolle zu bringen und ihn krisenfrei zu kriegen. Innerhalb des Systems ist das jedenfalls nicht möglich, wir müssen das System überwinden.

Was sind Wirtschaftskrisen wirklich und wie entstehen sie?

Der zentrale Faktor, der die Krisen auslöst, ist die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten.

Jeder einzelne Kapitalist sorgt dafür, dass seine Arbeiter so schnell und so produktiv wie möglich arbeiten. Er muss auch darauf achten, dass seine Arbeiter immer an den modernsten, arbeits- und Arbeiter-sparenden Maschinen arbeiten, sonst läuft er Gefahr, dass sein Konkurrent, der schon eine neue moderne Maschine hat, ihn aus dem Rennen wirft, weil er billiger, schneller und produktiver arbeiten kann als er. Er muss also darauf achten, dass er immer größere Mengen an Produktionsmitteln besitzt oder, wie Marx es ausdrückte, er muß Kapital akkumulieren. Marx charakterisierte das als Akkumulation um der Akkumulation willen und nicht als Akkumulation im Dienste der Menschen. Der Kapitalist muss jede verfügbare Mark in neue Maschinen investieren, aus Angst, dass sein Konkurrent ihn aus dem Rennen wirft.

Um so viel wie möglich akkumulieren zu können, zahlt er seinen Arbeitern so wenig Lohn wie möglich. Das Problem ist ein wachsendes Missverhältnis zwischen dem ungeheuren Wachstum der Produktivkräfte auf der einen Seite und einem begrenzten Wachstum der Löhne

und der Anzahl der beschäftigten Arbeiter auf der anderen Seite. Das ist nach Marx die grundlegende Ursache für die Wirtschaftskrisen.

Klar, wer soll die ständig wachsende Menge an Waren kaufen, wenn die Arbeiter, die sie selbst produziert haben, entlassen werden oder ihre niedrigen Löhne es nicht zulassen, das ganze Zeug zu kaufen. Der Autobauer Ford drückte den gleichen Gedanken so aus: „Autos kaufen keine Autos.“

Wenn die Firmen ihre Produkte nicht loswerden, müssen sie Fabriken stilllegen und Arbeiter entlassen. Die Gesamtmasse der Löhne verringert sich dann noch mehr und weitere Fabriken können ihre Waren nicht mehr verkaufen. Eine Überproduktionskrise entsteht. Berge von Waren häufen sich in der ganzen Wirtschaft an, die die Menschen sich nicht leisten können.

Kapitalisten investieren dort, wo sie sich am meisten Profite erhoffen. Wenn es mit Microchips und Handys hohe Profite zu erwirtschaften gibt, dann stürzen sich alle darauf. Die Folge ist, dass es auch in neuen Industriezweigen sehr schnell zu einer Überproduktion kommt und die Sachen nicht mehr abgesetzt werden können.

Der Kapitalismus bringt die Überproduktionskrisen in regelmäßigen Abständen hervor, weil es keine Planung gibt. Weder Keynes noch Friedman haben an der Konkurrenz und an der Produktion für einen unbekanntem Markt, von dem man nicht weiß, ob er einem die Sachen auch abkauft, angesetzt. Weil die Marktwirtschaft anarchisch ist, gibt es keine Möglichkeit, dieses System zu kontrollieren, es sei denn, man stellt die Konkurrenz in Frage, doch dann würde man auch den Kapitalismus in Frage stellen.

Das Interesse, dieses System aufrecht zu erhalten, hat nur eine kleine privilegierte Gruppe von Leuten, die ausschließlich am Profit interessiert ist.

Das wirklich Perverse an dem System ist, dass diese Überproduktionskrisen eigentlich gar keine sind. Europaweit liegen hunderttausende Tonnen Nahrungsmittel auf Halde, weil sie zu wenig Profit abwerfen. Und weltweit liegen Zehntausende Tonnen Stahl auf Halde, weil

sie keinen finanzkräftigen Abnehmer finden. All diese für das System überflüssigen Waren werden woanders, beispielsweise in Afrika zur Ernährung oder für den Bau von Pflügen oder was auch immer dringendst benötigt. Weil die Menschen in der Dritten Welt aber kein Geld haben, sie zu bezahlen, interessiert die Kapitalisten dieser Absatzmarkt nicht; es ist dort ja kein Profit zu holen.

Das Todesurteil für den Kapitalismus: Die Krisen werden immer schlimmer

Diese Krisen im System kommen und gehen, seit es den Kapitalismus gibt, also seit etwa 180 Jahren. Aber sie werden mit der Zeit auch immer schlimmer.

Am Ende seines Lebens schätzte Keynes die zukünftige Entwicklung eher pessimistisch ein. Er sagte: Die zunehmende Substitution (Ersetzung) von Arbeit durch Kapital führt zu sinkendem Konsum und einer immanenten Investitionsschwäche, trotz staatlicher Eingriffe. Da hat er etwas Schlaues gesagt. Der zunehmende Austausch des Faktors Arbeit durch den des Kapitals führt zwangsläufig zu Problemen. Der Druck, dem der Kapitalist durch die Konkurrenz ausgesetzt ist, immer in neue Maschinen zu investieren, die immer weniger Arbeiter benötigen, ist der Grund dafür.

Es stehen immer weniger Arbeiter an immer teureren Maschinen. Die Folge von dieser Rationalisierung ist, dass die lebendige menschliche Arbeit die in einer Ware steckt immer kleiner wird, im Verhältnis aber die tote, kristallisierte Arbeit - die Maschinen mit denen produziert wird - immer größer.

BMW plant beispielsweise in Leipzig ein neues Werk für 5.500 Arbeiter. Kosten: 2 Mrd. DM. In den 80-er Jahren bezahlte ein Unternehmer für die Einrichtung eines Arbeitsplatzes durchschnittlich bis zu 100.000,- DM. Wenn man die von BMW geplanten 2 Mrd. DM durch die 5.500 Arbeiter teilt, kostet ein Arbeitsplatz bei BMW in Leipzig 360.000 DM.

Ein anderes Beispiel: Bei einem in Wittenberg geplanten Chemiewerk von

Agrolinz Melamin Deutschland, bei dem etwa 70 Arbeiter arbeiten sollen, kostet ein einziger Arbeitsplatz sogar 3,5 Millionen Mark. Das Werk soll 250 Mio. DM kosten. Ein Arbeitsplatz in der Chip- und Computerproduktion ist sogar noch um einiges teurer. Am Anfang des Kapitalismus reichte es vielleicht aus, einen Arbeiter mit einem Hammer und einem Schraubenschlüssel auszustatten.

So kommt es mit der Entwicklung des Kapitalismus dazu, dass der einzige Quell des kapitalistischen Profits, die Arbeit - das, was das System am Laufen hält - immer stärker verdrängt wird von Maschinen. Immer weniger lebendige Arbeit eines Arbeiters steht einer immer größeren Summe von kristallisierter Arbeit, den Maschinen, gegenüber.

Das ist das, was Marx vor über 100 Jahren den tendenziellen Fall der Profitrate nannte, der die Wirtschaftskrisen immer schärfer werden lässt. Statt des früheren Auf-und-Ab in der Konjunktur gibt es eine weltweite, nicht enden wollende Krise, die nur kurz von Mini-Aufschwüngen unterbrochen wird.

Die BRD beispielsweise hat sich seit dem Ausbruch der Krise Mitte der 70-er nicht mehr erholt. Die kleinen Aufschwünge zwischendurch hatten zwar die Kraft, einige 10.000 neue Arbeitsstellen zu schaffen, aber mit jedem neuen Abschwung wuchs die Zahl der neu hinzukommenden Arbeitslosen um etwa eine Million. Das steht auch für die Krise zu befürchten, in die wir gerade im Moment hineinrasseln.

Jüngstes Beispiel: Infineon

Bei dem drittgrößten Chipproduzenten der Welt, Infineon, einer Tochterfirma von Siemens, sollen von weltweit 35.000 Arbeitern 5.000 entlassen werden, die meisten davon in Bayern. Schuld ist der tiefe Einbruch der vorher so gefeierten neuen Industriezweige. Im dritten Quartal des Geschäftsjahres (April, Mai und Juni 2001) wurde ein Verlust von 589 Millionen Euro, mehr als 1 Mrd. DM verzeichnet. Im Geschäftsjahr 1999/2000 lag die Firma noch bei einem Umsatz von 14 Mrd. Euro.

Diese Entwicklung wird an der Börse

widergespiegelt: Beim Börsenstart im März 2000 war die Aktie 33-fach überzeichnet, es gab also 33 mal mehr Bedarf an Aktien als tatsächlich vorhanden war. Der Ausgabepreis der Aktie war 35 Euro und kletterte in wenigen Stunden auf 85 Euro. Viele Arbeiter und andere Kleinanleger hatten versucht, ihre Ersparnisse an diesem so ‚sicheren‘ Markt anzulegen. Die Folge war katastrophal: Die Aktie liegt jetzt bei einem Wert von unter 30 Euro.

Infineon hat angekündigt seine Investitionen in laufendem Geschäftsjahr um 500 Mio Euro zu reduzieren, im nächsten Jahr sollen die Investitionen um weitere 1 Mrd. Euro reduziert werden.

Die Krise nimmt ihren Lauf und die Arbeiter sehen sich um ihre Ersparnisse und Hoffnungen betrogen oder fürchten gar um ihre Existenz.

Weder die Ideen von ‚Don‘ Keynes noch die von ‚Rambo‘ Friedman taugen dazu, das System zu retten. Es geht an seinen ihm selbst inneliegenden Widersprüchen zugrunde. Das hätten die beiden prominenten Ökonomen auch einfach nachlesen können im dritten Band eines berühmten Buches, dessen Erstausgabe bereits vor 107 Jahren erschienen ist. Dort steht: „Die **wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst...**“¹ Dieser Satz aus Marx' Buch *Das Kapital*, den die Realität leider immer grausamer bestätigt, bedeutet, dass wir das System Kapitalismus stürzen und durch ein neues ersetzen müssen, wenn wir von einem Gesellschaftssystem erwarten wollen, dass es die Bedürfnisse der Menschen erfüllt.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, die Produktionsweise auf die nächst höhere Ebene zu bringen, zu einer Gesellschaft in der planvoll miteinander produziert wird und nicht anarchisch gegeneinander.

Fußnote

1 Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 3 [ersch. 1894], in: Marx Engels Werke, Bd. 25, Berlin (DDR) 1976, S. 260

Veranstaltungen der IS

KÖLN

Jeden Dienstag um 20.00 Uhr
bei N. Nelte, Nesselrode Str. 28, Köln - Nippes

Oktober 2001

- 9.10. Der US-amerikanische Imperialismus seit 1945
- 16.10. Zur Aktualität der Staatskapitalismustheorie
- 23.10. Terrorismus und der Kampf gegen den Kapitalismus
- 30.10. Staat, Kapital und Imperialismus

November 2001

- 6.11. Der Völkermord in Ruanda 1994
- 13.11. Wie revolutionär war die 'Frankfurter Schule'?
- 20.11. Oktoberrevolution 1917 in Russland
- 27.11. Wie funktioniert der Kapitalismus?

Dezember 2001

- 4.12. Strategie und Taktik im Klassenkampf
- 11.12. Kann die Linke sich vereinigen?
- 18.12. Novemberrevolution 1918 in Deutschland

Winterpause

Januar 2002

- 8.01. Thema bitte erfragen

RUHRGEBIET

Termine und Themen bitte erfragen:
Tel. 0221 / 28 23 135

Online: Klassenkampf / Linke Opposition / Termine / Kontakt / Demos / Links / Marxistische Klassiker und vieles mehr:

www.internationalesozialisten.de
Der rote Link gegen den düsteren Alltag

marxismustage in köln

Samstag, den 17.11.2001 - 14.00 Uhr

bei N. Nelte, Nesselrode Str. 28, Köln - Nippes
Referate und Diskussionen zu den Themen

★ Bushs Angriffskrieg gegen Afghanistan ★

★ Was ist Reformismus ★

★ Der Kampf gegen den Abtreibungsparagrafen 218 ★

Samstag, den 10.12.2001 - 14.00 Uhr

bei N. Nelte, Nesselrode Str. 28, Köln - Nippes
Referate und Diskussionen zu den Themen

★ Trotzki's Übergangsprogramm - Taktik für heutige Zeiten? ★

★ Erdöl: Die Geschichte eines brisanten Stoffes ★

★ Aktuelles Thema ★



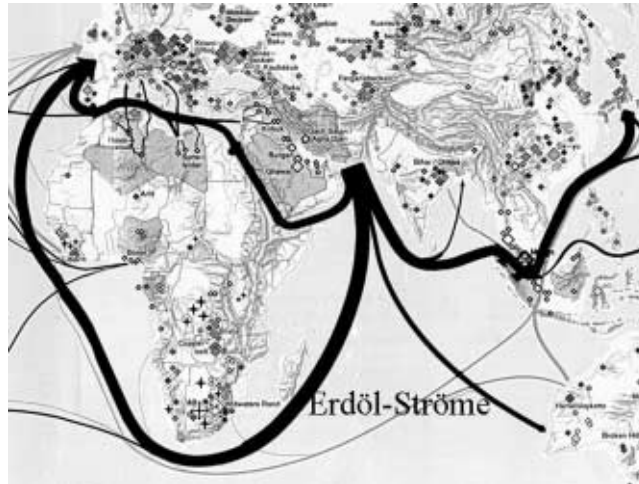
Kasachstans Öl und der Krieg

und Armenien halten nur Waffenstillstand auf Druck der USA, der Krieg könnte jederzeit wieder ausbrechen. Außerdem können keine Supertanker gefahrlos den Bosphorus passieren. Russland ist der Hauptkonkurrent Amerikas und könnte die USA mit Zudrehen des Ölhahns erpressen.

Also muss unbedingt eine dritte Alternative her. Mit dem Iran konnte das Ölkonsortium keine Einigung erzielen. Da China auch ein Konkurrent ist und nicht in Frage kommt, bleibt nur Afghanistan.

Wenn Amerika die Pipeline durch Afghanistan nicht bauen würde, drohte ihnen die Kontrolle des Weltmarktes ganz schnell zu entgleiten. Sie haben schon seit 1970 20% weniger Öl gefördert und die amerikanischen Ölfelder in Mexiko und Venezuela können zudem nicht ausgeweitet werden.

Das US-Kapital will natürlich auf alle Fälle die Kontrolle des Weltmarktes nicht verlieren und benötigt daher die Pipeline durch Afghanistan, koste es was es wolle. General a.D. Gerd Schmückle, ehemals stellvertretender NATO-Oberbefehlshaber, über die Interventionsziele der NATO:



Die USA kontrolliert den Ölweg vom vorderen Orient nach Japan mit seinen Ölfirmen. Wenn Japan zu viele Autos nach Amerika exportiert, droht die USA damit, den Ölhahn zuzudrehen. Diese Erpressungsmöglichkeit hat sie in Kasachstan aber nur, wenn sie auch die Superpipeline durch Afghanistan hat.

»Letzten Endes entscheiden die Interessen des Westens, hauptsächlich das Interesse der Vereinigten Staaten, darüber, wo interveniert wird. Alles dreht sich um die Ökonomie. Wo gibt es Öl, wo sind die zukünftigen Ölquellen?«

(Interview in: Die Woche, 1.4.1999)

Kriegsminister Scharping hatte schon am Mittwoch im Zusammenhang mit dem Krieg in Afghanistan über Kasachstan gesprochen, die Umgebung sei zu unruhig und eine militärische Lösung wäre notwendig.

Die Taliban haben sich mit dem Imperialisten USA zerstritten und verweigern ihm den Bau der Pipeline. Das heißt für Bush: Sie müssen weg. Es gibt schon seit Jahren die Überlegung der USA, wie sie den Pipelinebau durchsetzen können. Die Weltöffentlichkeit war aber immer zu aufmerksam und zu kritisch und es haben sich keine Gelegenheiten geboten.

Durch die Vorlage von Ben Laden, den Anschlag auf das World Trade Center zu verüben, ist die Weltöffentlichkeit abgelenkt und bemerkt nicht das Verbrechen des amerikanischen und internationalen Kapitals.

Kein Blut für Öl!

f Unsere politischen Grundsätze

Der Kapitalismus beruht auf der Ausbeutung der großen Masse der Bevölkerung, der Arbeiterklasse, durch eine immer kleinere Zahl von Kapitalisten. Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die unabhängige Aktion der Arbeiterklasse selbst erreicht werden.

Der Kapitalismus kann nicht allmählich verbessert oder schrittweise in seinem Wesen verändert werden. Der Kapitalismus kann nur auf revolutionärem Weg gestürzt werden. Die Arbeiterklasse kann die Parlamente, die Armee, die

Polizei und Justiz nicht übernehmen und für ihre Zwecke dienstbar machen. Es gibt daher keinen parlamentarischen Weg zum Sozialismus.

Zur Sicherung der sozialistischen Revolution ist ein ganz anderer Staat nötig, ein Staat auf der Basis von Arbeiterräten. Den verschiedenen politischen Strömungen innerhalb der Arbeiterräte muß es erlaubt sein, sich zu organisieren.

Die soziale, wirtschaftliche und politische Unterdrückung von Frauen ist eine Folge der Aufteilung der Gesellschaft in besitzende und besitzlose Klassen. Im Kampf für den Sozialismus muß diese Unterdrückung aufgehoben werden.

Wir arbeiten in den Massenorganisationen des Proletariats, besonders in den Gewerkschaften und Betriebsräten. Unser Ziel ist es, die Massenorganisationen unter die demokratische Kontrolle der Arbeiterbasis zu stellen und sie so zu echten Kampforganisationen zu machen.

Wir sind Internationalisten. Unser Ziel ist der gemeinsame Kampf der Arbeiter der verschiedenen Nationen. Wir sind gegen jede Form des Rassismus und der imperialistischen

Unterdrückung. Wir sind gegen jede Form der Ausländerdiskriminierung.

Die Erfahrungen Rußlands beweisen, daß eine sozialistische Revolution auf Dauer nicht isoliert in einem Lande überleben kann. Rußland, China und Osteuropa sind und waren keine sozialistischen, sondern staatskapitalistische Länder. Wir unterstützen die Arbeiterkämpfe in diesen Ländern gegen die herrschenden bürokratischen Klassen.

Zur Verwirklichung des Sozialismus sind Basis und Führung gleichermaßen wichtig, ihre Rollen dürfen aber nicht verwechselt werden. Es ist notwendig, die kämpferischsten Teile der Arbeiterklasse in einer revolutionären Partei zusammenzuschließen. Der „Klassenkampf“ und die „Linke Opposition“ setzen es sich zum Ziel, auf den Aufbau einer solchen Partei mit hinzuwirken.

Wir fordern alle diejenigen auf, sich den „Internationalen Sozialisten“ anzuschließen, die mit unseren politischen Grundsätzen übereinstimmen und bereit sind, aktiv am Kampf für den Sozialismus teilzunehmen.

C

Kasachstans Öl und der Krieg

★ Thomas Schreite & Dieter Steinweg

In Kasachstan lagern die zweitgrößten Erdölreserven weltweit (schätzungsweise 23-28 Mrd. Tonnen), wovon die USA den größten Anteil haben.

Russland plant für 2002 eine Öl-Pipeline mit der siebenfachen Kapazität aller bisherigen Pipelines (Tageskapazität 700.000 Barrel) und drohen somit, die USA vom zweiten Platz in der Ölförderung zu verdrängen.

Wie stark die Weltwirtschaft von der Öl-Industrie abhängig ist, sah man vor einer Woche, als der Ölpreis stieg, was die Inflationsraten aller Länder ebenfalls

steigen ließ und damit das Weltwirtschaftswachstum abschwächte. Der führende Erdölförderer hat damit gleichzeitig die Kontrolle über den gesamten Weltmarkt.

Mit der russischen ‚Riesen-Pipeline‘ droht Amerika, die Kontrolle in der Öl-Industrie zu verlieren und kann diesen drohenden Verlust nur wettmachen mit einer eigenen Pipeline.

Die USA haben in Kasachstan eine Öl-Pipeline durch Russland, Aserbaidschan und Georgien bis hin zum Schwarzen Meer. Diese Pipeline wurde

1998 in Betrieb genommen und hat eine maximale Tageskapazität von 100.000 Barrel.

Eine weitere Pipeline plant die USA schon seit Jahren durch Russland, Aserbaidschan, Armenien und Kurdistan.

Diese beiden Alternativen sind aber für die USA zu unsicher. In Kurdistan sind die politischen Verhältnisse wegen des Befreiungskampfes gegen den türkischen Staat zu instabil. Aserbaidschan

Fortsetzung auf der vorherigen Seite

